

Nr. 127 Juli / August 2005

Das Info aus der Roten Flora

**Nein! Nein! Nein! Erst die Bank,
dann zum Supermarkt
und danach endlich zum Schanzenfest!**



Dass ihre autonome WG sich zum Straßenfest am 3.9. mal wieder nicht einig wird, geht Erna langsam wirklich auf die Nerven.

Vorwort

Ganz und gar verwundert aber auch sehr erfreut waren wir darüber, dass uns zu dieser Ausgabe ganz viel Post erreichte.

Eine Art Schwerpunkt bildet diesmal die Repression. Neben einem Text der Anti-Repressionsgruppe Wasserturm erreichte uns ein längerer Text der Gruppe commode zur aktuellen Situation in Hamburg, dessen Lektüre wir allen ans Herz legen wollen.

Ebenfalls von Repression betroffen sind zur Zeit linke Zusammenhänge aus Magdeburg. Zwei Leute sitzen dort inzwischen in Beugehaft, weil die Justiz von diesen Aussagen erpressen will. Wir wünschen allen dort viel Power, Energie und Unterstützung!

Gefreut haben wir uns natürlich auch über die Ankündigung des Schanzenfestes, denn liebgewordene Gewohnheiten gibt mensch nun mal ungerne auf...

uns allen einen heißen Sommer und ein wildes Fest.
wünscht die
Zeck

Einsendeschluß für die nächste Ausgabe ist der 20.08.05

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-habe-name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag



Samstag 03.09.05 Schanzenviertelfest

Soeben erreichte uns die Nachricht, dass es auch dieses Jahr wieder ein Schanzenviertelfest geben wird! Als Termin steht jetzt Samstag der 03.09.2005 fest. Los geht's ab ca. 12.00 Uhr in den üblichen Strasse: Schulterblatt, Susannenstrasse und Bartesstrasse. Wir freuen uns....

Wendebecken Prozesse beginnen!

Am 08.09.2004 wurde in Hamburg der Wagenplatz Wendebecken geräumt: 1400 Bullen brauchten ca. 8 Stunden um die etwa 30 BewohnerInnen und UnterstützerInnen vom Platz zu räumen. Viele von ihnen hatten sich in Betonfässer und anderem angekettet, um Bullen, Ordnungsamt und Senat die Räumung so schwer wie möglich zu machen und um zu zeigen dass die Law and Order-Politik nicht einfach hingenommen wird. Die Menschen auf dem Platz wurden festgenommen, ED-behandelt und anschließend im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straße gesetzt. Es gab vor und nach der Räumung mehrere Demonstrationen und kreativ-subversive Aktionen, die aber nicht mehr die Intensität der Bambule Proteste erreicht-en.
Von Beginn an wurde versucht das Thema Wagenplätze in einen gemeinsamen Kontext mit den Protesten gegen den Sozialabbau, Abschiebungen und Law and Order Politik zu stellen, die auch ohne Schill weiterhin zum festen Bestandteil des Hamburger Senats gehört. Der Protest richtet sich gegen die gesamte kapitalistische Verwertungslogik, ob nun Vertreibung und Ausgrenzung von nicht kauffähigen oder willigen Menschen aus der Innenstadt, Brechmittelfolter oder die Privatisierung und dadurch Ökonomisierung öffentlicher Räume, wie zum Beispiel beim Wasserturm im Schanzenpark, der Widerstand gegen die Räumung von Wagenplätzen reiht sich nahtlos in diese Politik mit ein. (Anm. der Red.: der Widerstand reiht sich doch nicht wirklich in diese Art neoliberale Standortpolitik nahtlos ein, oder???)
Und diese Politik wird in Hamburg fortgesetzt: Bis Ende 2006 sollen alle Plätze geräumt werden, außerdem wird ein neues Polizeigesetz in Kraft treten, welches Hamburger Politiker als schärfstes Polizeigesetz Deutschlands anpreisen. Was das bedeutet können wir uns gut vorstellen. Auf jeden Fall ist damit zu rechnen, dass der gesamte Widerstand gegen diese Politik noch mehr kriminalisiert wird und sich auch immer verschärfterer Repression ausgesetzt sehen wird. Also weiterhin genug gute Gründe den Senat zu stürzen!

Zurück zum Wendebecken: Ab Februar verschickte das Amtsgericht Barmbek Strafbefehle zwischen 500 und 1000 Euro an die Menschen die im September 2004 vom Wendebecken geräumt und festgenommen wurden. Den Menschen die sich festgekettet hatten werfen sie nun "gewaltsamer Widerstand" und "Hausfriedensbruch" vor, den anderen Leuten "nur" Hausfriedensbruch.

Anfang Mai kam es dann zu den erstan beiden Prozessen wegen Hausfriedensbruch und Widerstand. Diese wurden allerdings schon nach Kurzem ohne neue Terminfestsetzung vertagt, da die Richterin sich erst noch weiter in die Materie vertiefen wollte. Der nächste Prozess wird am Montag (Anm. der Red.: welcher Montag???) im Amtsgericht Barmbek (Spohrstrasse 6), Raum E 010, um 9.00 Uhr stattfinden. Am 19. September folgt dann ein Sammelprozess gegen 3 weitere wegen Hausfriedensbruch. Massenweise GasthörerInnen sind erwünscht. Widerständigkeit braucht Rückhalt.
Wir fordern selbstverständlich die Einstellung aller Verfahren und sehen den Kampf um selbstbestimmte und umkommerzielle Freiräume weiterhin als legitim an, der fortgesetzt werden muß, nicht nur in Hamburg! (Dicke Grüße an die York 59, Plan B, das EKH und alle anderen von der Räumung bedrohten linken Projekte!)
Unterstützt weiterhin die Forderung nach einem schöneren selbstbestimmten Leben für alle. Gegen Ausgrenzung und Verwertungslogik!
Denkt euch was aus, macht Solipartys oder ähnliches, denn natürlich wird wie immer auch Geld benötigt. Nicht nur die Strafbefehle müssen evtl. bezahlt werden, sondern auch die AnwältInnen! Schönes Leben für alle!

Spendenkonto:Sonderkonto A
Verwendungszweck (bitte nicht vergessen): wagenplatz, Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20
Kontonr.: 045248207

Und der Räumungswunschticker des Hamburger Senats läuft vorerst weiter: Am 31. Juli läuft der Vertrag des Wagenplatzes Rondenbarg aus. Am 31.12.05 laufen die Verträge der Henriette, Hospi, Gaußplatz aus. Und schließlich 2006 endet auch der Vertrag für die Borribles. ... But: The future is unwritten

PünktlichSeinProzesse

Im April 2004 fand in der Hafenstrasse in Hamburg eine Versammlung von Menschen und Fahrzeugen statt, um gemeinsam auf die Situation von Wagenplätzen aufmerksam zu machen. Es kam zur gewaltsamen Auflösung durch die Polizei und zu 48 Anklagen auf Nötigung. Der Musterprozess läuft. Präsenz ist wichtig! Herkommen, hinhören, hinschauen, wenn einmal mehr versucht wird Wagenleben zu kriminalisieren. Kommt zahlreich zu den weiteren Prozessterminen:
19. Juli, 8.00 Uhr, Verkehrsgericht Sievekingplatz. Mit: Kaffee, Frühstück und dem berüchtigten Prozesstheater
28.07. und 02.08. (evtl. Urteil!)
09.08. Zusatztermin

News vom Wasserturm

Am 25.06. gab's eine Demo unter dem Tenor: "Gegen Repression und den autoritären Wettbewerbsstaat! Polizeigesetz stoppen! Kein Hotel im Wasserturm!" Von Seiten der Büttel wurde signalisiert: "man wolle zurück zur Normalität und würde von daher diese Demo auf das obligatorische Seitenspalier verzichten. Obwohl ein breites Bündnis verschiedener Initiativen, von der Bauwagenszene bis zu StudentInnenvertretungen, zur Demo mobilisiert hatte, beschränkte sich die Anzahl auf 4-500 TeilnehmerInnen. Trotzdem war man sich auf Staatsseite nicht zu blöde 800 Schergen die Demo begleiten zu lassen... soviel "Normalität" braucht es dann doch, man soll's ja nicht übertreiben!
Inhaltlich widmeten sich die Beiträge vor allem dem Umbau des Wasserturms und der Kriminalisierung des Widerstandes (129-Verfahren), den Repressionen gegen Bauwagenbewohner ("Einmal im Leben pünktlich sein",) und die drohenden Räumungen der letzten verbliebenen Plätze Rondenbarg, Gaußplatz, Henriette, Hospi und Borribles, sowie der brutalen Übergriffe der Polizei gegen Punker in Altona.
Bei einer Zwischenkundgebung vor dem Wagenplatz Hospi wurde ein Redebeitrag vom Dach gehalten, ein Transparent

entrollt und mit Raketen die Demo begrüsst. In der Thadenstrasse ging eine Gruppe DemonstrantInnen vor der Polizei und ihrer Wagenkolonne mit einem Transpi auf dem bezeichnenderweise geschrieben stand "out of control". Entgegen einiger wirrer Berichterstattung in der Presse setzte sich diese nicht auf den Boden sondern gingen einfach vor der Polizei entlang und rief Parolen, jedenfalls solange bis dummdreiste BFE'ler diese Demo vor der Polizei vor der Demo unterbanden. In der Schanzenstrasse wurde schließlich wieder der obligatorisch beherzte Versuch des Demosprintens eingelegt und auch mit einem kurzen Schlagstockeinsatz wieder unterbunden. Während der Abschlußkundgebung wurde der Zutritt zum Park polizeilich behindert, was zu Rangeleien führte und zum Schluß kam es erneut zu einer Festnahme. Das nächste Mal hoffentlich wieder in zahlreicherer Vertretung.
Bis dann...

Cup der Guten

Das Fußballtunier der etwas anderen Art! Am 16.07. ab 12.00 auf dem Platz (im Käfig) des SC Sternschanze im Schanzenpark. Mit Musik, Getränken und jede Menge Sport. Es lohnt sich mal vorbeizuschauen.

Kriegsspiele in Hamburg

Seit einigen Wochen ist der "summer of resistance" an den hamburger Hochschulen ausgerufen, um sich gegen die geplante Einführung von Studiengebühren zu wehren. Aktionstage, Blockaden und Demos wurden gestartet und immer wieder mit schärfster Repression überzogen. Im Folgenden einige Beispiele:
Am 27. April wurde das Hauptgebäude der Universität blockiert. Am dortigen Sitz der Universitätsverwaltung sollte direkt Druck auf Gebührenmacher und Öffentlichkeit ausgeübt werden. Präsident Lüthje rief die Polizei und die griff durch. In einer Weise, wie sie Studierende in Hamburg zuletzt 1969 erlebt haben. Folge: Fest- und Ingewahrsamnahmen, Auseinandersetzungen zwischen Studis und der Polizei, eine der Hauptverkehrsadern Hamburg war stundenlang gesperrt.
Am folgenden Tag beschloß die studentische Vollversammlung die Wiederholung der Aktion für den 10. Mai. Um 6 Uhr morgens begann an diesem Tag die Blockade des Uni-Hauptgebäudes. Die Uni war darauf vorbereitet und sperrte das Gebäude eigenständig hab. Außerdem hatte sie ihre Arbeitsstätte größtenteils verlegt. Um effektiv die Verwaltung zu blockieren entschieden sich spontan Studierende ein anderes Verwaltungsgebäude der Uni in der Moorweidenstraße zu blockieren. Die Verwaltung scheint sehr stark auf ihre Arbeitsfähigkeit angewiesen zu sein und rief sofort die Polizei. 31 von ihnen wurden in Gewahrsam genommen.
Im Anschluß bildete sich eine spontane Blockade der Kreuzung Moorweidenstraße/Rothenbaumchaussee, die sich vor das Uni-Hauptgebäude auf der Edmund-Siemers-Allee verlagerte. Die Polizei zog ihre Kräfte dort zusammen und drängte die Studierenden auf den Platz vor das Hauptgebäude. Vier Wasserwerfer wurden kurz präsentiert und durch technisches Gerät wurden Heuballen von der Straße geräumt. Hamburgs berüchtigte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE, schwarze Uniformen) erschien, postierte sich 30 Sekunden hinter der Polizeikette. Der Tag endete mit 42 Fest- und Ingewahrsamnahmen, Jagdszenen rund um die Universität und Bildern, die unnötige Härte dokumentierten.
Damit war auch das Muster für die kommenden Tage vorgegeben. Die Innenbehörde unternahm alles, was ihr geboten schien, um Proteste gewaltsam zu unterbinden, fuhr Greiftrupps auf und ließ Studi-Demonstrationen pauschal verbieten.

Dokumentation

Kampf den Ausländerbehörden!
Wir haben am 10.06.05 Christoph Bushart, den Leiter der Hamburger Ausländerbehörde, in seinem Schlaf gestört und sein Haus mit Steinen und Farbflaschen heimgesucht.

1. Seit Ende 2001 beteiligt sich Deutschland in vorderster Front am Krieg in Afghanistan; an der militärischen Zerstörung ebenso wie am Besatzungsregime durch die "Regionalen Wiederaufbau Teams" mit aktuell 25% der gesamten international eingesetzten Soldaten. Deutschland stellt damit das größte Kontingent. Seit dem militärischen Sieg über die Taliban organisieren deutsche Truppen als teil einer internationalen Koalition (mit den USA, Polen, Italien, Spanien usw.) einen sogenannten "Nationbuilding"-Prozeß. Einer Marionettenregierung wird beim Aufbau von Justiz- und Polizeistrukturen unter die Arme gegriffen. Für die BRD ist der Krieg in Afghanistan)(als Teil des "war on terror") konkretes Experimentierfeld einer neuen imperialistischen Außenpolitik. Verteidigungsminister Struck schwadroniert in diesem Zusammenhang gerne von der deutschen "Freiheit, die am Hindukusch verteidigt" werde. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg in Afghanistan und der militärische Überfall durch verschiedene NATO-Länder seit 2001 haben die Menschen in unvorstellbare Armut und unermessliches Elend gestürzt.

2. Die in Deutschland lebenden afghanischen Flüchtlinge trifft das gleiche Schicksal wie die Kosovo-Flüchtlinge, deren Sammelabschiebungen bereits durchgeführt werden: Nachdem das deutsche Militär Jugoslawien wie auch Afghanistan mit Angriffskriegen überzogen und zerstört hat, sollen die Flüchtlinge jetzt die Trümmer beseitigen oder einfach zusehen, wo sie bleiben – auf jeden Fall nicht hier. Nach einer Vereinbarung der Innenministerkonferenz vom letzten Jahr sollen zunächst alle männlichen afghanischen Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus gezwungen werden, sich in den "Wiederaufbauprozess" einzureihen. Dafür sollte im Februar 2005 ein "Rückführungsabkommen" zwischen Deutschland und Afghanistan geschlossen werden, was aber – im Gegensatz zum Kosovo – scheiterte.
3. Dessen ungeachtet wurde die Hamburger Ausländerbehörde im März 2005 von Innensenator Nagel angewiesen, die Abschiebungen nach Afghanistan für Mai 2005 vorzubereiten. Im April 2005 ergriff Nagel persönlich die Initiative, flog nach Afghanistan und versuchte, durch direkte Verhandlungen den Weg für hamburger Massenabschiebungen frei zu machen. Auch das schlug fehl – die afghanische Regierung lehnte ab. Trotzdem halten Nagel und der CDU-Senat unbeirrt an ihrem Ziel fest, so schnell wie möglich ein Drittel der 15.000 in Hamburg lebenden Afghanen abzuschieben. Die ersten Flüge sollten im Mai durchgeführt werden. Zwar konnten sich bisher fast alle für die Abschiebungen ausgewählten Flüchtlinge erfolgreich wiedersetzen, der Druck wird aber immer größer.
4. Die Ausländerbehörde ist Teil eines rassistischen und repressiven deutschen Flüchtlingsregimes und darin nicht nur exekutierendes Organ, sondern auch aus eigenem Antrieb handelnde und gestaltende Struktur. Seit Jahren ist das Ziel der Behörde, möglichst viele Flüchtlinge abzuschieben. Das Selbstverständnis der Angestellten heißt: "Never-Come-Back-Airlines – wir buchen, sie fluchen" (Bildschirmschonertext eines Sachbearbeiters). Es beginnt bei der entwürdigenden Behandlung in der Behörde und endet bei den gewaltsamen Abschiebeversuchen. Bis dahin werden Flüchtlinge in Sammelunterkünfte gesperrt, zu Massenanhörungen vorgeladen oder durch die Residenzpflicht ihrer Bewegungsfreiheit beraubt. Wen der stat-

tlich organisierte Rassismus nicht in die Illegalität getrieben hat, wird am Ende bei nächtlichen Polizeiüberfällen verhaftet, von Behördenärzten für reisetauglich befunden, in Abschiebehaft gesteckt oder direkt zum Flughafen gebracht. Das Personal der Ausländerbehörde ist persönlich verantwortlich zu machen für das Elend, das hier angerichtet wird. Wir werden nicht warten, bis wieder Flüchtlinge in den Selbstmord getrieben oder von BGS-Bullen im Flugzeug erwürgt werden. Wir unterstützen mit unserer Aktion die Proteste und den Widerstand der afghanischen Community in Hamburg gegen die Abschiebungen. Grenzen auf für alle! Festung Europa zerstören, die Abschiebemaschinerie lahm legen!
Wir grüßen die Beschuldigten des §129 Verfahrens gegen den Wasserturm-widerstand!
Sie werden nicht durchkommen – Venceremos!

Hamburg, 10.06.2005

Dokumentation

Wir haben in der Nacht vom 01. auf den 02. Juni 2005 zwei LKWs der Firma ROGGAN in der Coppistrasse in Berlin (Lichtenberg) mit Brandsätzen angezündet und hoffen doch, dass das Feuer auf andere dort parkende LKWs der ekelhaften Umzugsfirma übergriff. Die Firma ROGGAN unterstützt Zwangsräumungen und profitiert davon. Sie ist auch bei der Räumung des linken Wohnprojekts Rigaer Str. 94 im Mai 2003 negativ aufgefallen. Anlass für diese Aktion war uns die angedrohte Räumung des Wohnprojekts Yorckstr. 59. Der Hauseigentümer Mark Walter will das seit 17 Jahren bestehende Projekt räumen lassen. Zuerst versuchte er es auf dem legalen, aber deshalb noch lange nicht richtigen Weg einer immensen Mieterhöhung. Mittlerweile "verhandelt" er überhaupt nicht mehr. Mark Walter will am 6.2. (6.6. ? die Redaktion) um 5.00 Uhr mit Hilfe der Berliner Bullen das Haus räumen lassen. Wenn es zu einer Räumung kommt, werden wir mit unseren Möglichkeiten stören.

Unsere Aktion gegen die ekelhafte Umzugsfirma ROGGAN war nur der Anfang. Wir haben viel Phantasie und viele Ideen und werden diese am 6.2. (aber auch davor und danach) umsetzen. All denjenigen, die von der Räumung direkt oder indirekt profitieren oder die Räumung umsetzen (Umzugsfirmen, Hausverwaltung, igentümer, Bullen ...) sagen wir unmissverständlich: Lasst es bleiben. Wir verstehen in dieser Hinsicht keinen Spaß und werden euch im Auge behalten. Das hat die gelungene Aktion der Autonomen Gruppen (die wir sehr herzlich grüßen) von vor zwei Wochen deutlich gezeigt. Walter, Hellmich, Beulker gehen. Yorck 59 bleibt. Zwangsräumungen verhindern, immer und überall! Die Häuser denen, die drin wohnen! Kapitalismus abschaffen.

Mudy fiftynine (militante UnterstützerInnen der Yorck 59)

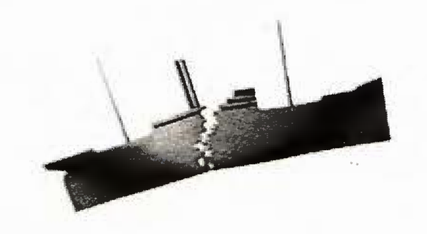
Dokumentation

Wir fordern die deutsche Afrika-Linien auf:
Endlich Verantwortung für ihre Beteiligung am Völkermord an den Hereros und Namas zu übernehmen und Entschädigung zu leisten!
Am 6. Mai haben wir die Hauptniederlassung der Deutschen Afrika-Linien in Hamburg aufgesucht. Farbenprächtig und entschieden wollen wir an die mörderische Ausbeutungsgeschichte des Handelshauses Woermann erinnern und die Nachfolgerin dazu auffordern, endlich den Entschädigungszahlungen der Hereros und Namas nachzukommen!

Am 12. Januar 2004 jährte sich zum hundersten Mal der Beginn des Aufstands von Hereros und Namas gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Die Niederschlagung des Aufstands durch deutsche Kolonialtruppen kam einen Genozid an beiden westafrikanischen Bevölkerungsgruppen gleich.
Im Jahre 2002 hatte die Herero People's Reparation Corporation unter anderem Klage gegen die Deutsche Afrika-Linien, ehemals Woermann-Linie eingereicht, die wesentlich an Enteignung, Ausbeutung und dem Mord an Hereros und Namas beteiligt war.
Die Firma Carl Woermann entdeckt 1850 in Westafrika einen neuen Markt. Als Pionier des Ausbeutungs- und Verelendungsgeschäftes baute die Import-Export-Agentur und Reederei gezielt Handelsniederlassungen an der westafrikanischen Küste in Liberia, Gabun und Kamerun auf. Im Jahre 1874 steigt der Sohn Adolph Woermann in das Geschäft des Vaters in und forciert gezielt die deutsche Kolonialpolitik als Mitglied des Kolonialrats, der das Auswärtige Amt in Kolonialfragen berät: Sicherung des deutschen Handels gegenüber französischen und englischen Kolonialmachtskonkurrenten, Ausschaltung des afrikanischen Binnenhandels und allem voran die Gründung einer deutschen Handelskolonie an der westafrikanischen Küste.
1884 wird das Gebiet des heutigen Namibia als Deutsch-Südwest Afrika dem deutschen Reich unterstellt. Von nun an können wirtschaftliche Interessen militärisch durch die sogenannten Schutztruppen durchgesetzt werden. Mit der Proklamation der deutschen Herrschaft sind die afrikanischen Bevölkerungsgruppen der gewalttätigen, rassistischen Unterdrückung der Kolonialisten ausgesetzt. Misshandlung, Vergewaltigung und Enteignung sowie die betrügerische Ausbeutungspraxis deutscher Kaufleute, wie dem Handelshaus Woermann, bluten die Bevölkerung aus. Die hauseigene Reederei, die Woermann-Linie, expandiert und baut den ersten Liniendienst für die gesamte westafrikanische Küste auf. Seit Beginn der deutschen Kolonialherrschaft kann die Firma Woermann ihre beherrschende Stellung im Afrikahandel ausbauen. Der Profit im Kolonialgeschäft scheint für die Firma Woermann unbegrenzt.

Am 12. Januar 1904 beginnt der Aufstand der Hereros gegen die brutale deutsche Kolonialherrschaft, wenig später schließen sich die Namas dem Aufstand an. Den rassistischen Kolonialherren geht es nicht allein um die Niederschlagung des Aufstands, im Oktober 1904 erteilt der General der deutschen Schutztruppen den Befehl, das Volk der Herero auf "deutschem Gebiet" zu vernichten. Ausnahmslos werden Männer, Frauen und Kinder getötet. Bis zu 65.000 Hereros wurden durch die gezielte Vernichtungspolitik der deutsche Kolonialmacht ermordet, das sind 80% der gesamten Bevölkerungsgruppe. Dem Genozid an den Namas fielen bis 1907 10.000 Menschen zum Opfer.
Für den Transport der deutschen Kolonialtruppen war ausschließlich die Woermann-Linie zuständig. Während des Kriegs verschiffte sie 15.000 Soldaten nach Deutsch-Südwest und verdienst durch überhöhte Frachtgelder und Liegegebühren 6 Millionen Reichsmark. Die Reederei zählte somit zu den größten Kriegsgewinnlern.

Die Jahrestage sind vorüber. Dennoch werden wir die Deutsche Afrika-Linien weiterhin an die mörderische Unternehmensgeschichte erinnern und nicht aufhören zu fordern: Entschädigung sofort!



Von ‚Farbanschlägen' und ‚Hotelattentätern'

Widerstand gegen Luxushotel mit § 129 überzogen



Zur Zeit laufen in Hamburg wegen Aktionen gegen den Umbau des Wasserturms im Schanzenpark zum Luxushotel mindestens 30 Verfahren. Die Vorwürfe reichen von Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und Beleidigung über Widerstand bis zu gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch. Ein erster Prozess wegen Sachbeschädigung endete am 8. Juni mit einem Freispruch.

Am 16.März 2005 kam es in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zu insgesamt 11 Hausdurchsuchungen, bei denen 7 Leute mit dem Vorwurf der ‚Bildung einer kriminellen Vereinigung' (§ 129 StGB) festgenommen wurden. Ein weiterer Beschuldigter wurde vom Staatsschutz nicht angetroffen. Alle wurden ED-behandelt, zur Abgabe von DNA-Material gezwungen. und nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Anlass für diese seit 10 Jahren größte Durchsuchungswelle in Hamburg waren mehrere Aktionen gegen Luxushotels in Hamburg und Lübeck und das Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel am 03./04.März, bei denen es in erster Linie zu Glasbruch und farbigen Veränderungen, in einem Fall zu abgebrannten elektrischen Golfkarren kam. In Lübeck waren in der Nähe des Mövenpick Hotels 2 Leute festgenommen worden.

Der Widerstand gegen das Hotelprojekt

Seit im vergangenen Jahr immer deutlicher wurde, dass das seit Jahren angedachte Hotelprojekt tatsächlich konkret werden sollte, begann sich im Schanzenviertel erster organisierter Widerstand zu regen. Dieser basierte in erster Linie auf den Sorgen hier lebender Menschen, dass der Schanzenpark als einzige Grünfläche in dieser Gegend durch die Baustelle und ein Luxushotel verloren gehen würde. Die endgültige Yuppisierung und damit einhergehende Vertreibung der hier lebenden Menschen würde mit dem Hotel noch weiter vorangetrieben werden. Seit Ende letzten Jahres wurde dieser Protest mehrfach mit militanten Aktionen unterstrichen.
Ab dem Tag X, dem tatsächlichen Baubeginn im Januar, wurde der Widerstand für einige Wochen zusehends breiter. Die abendlichen Spontandemos waren geprägt von einer Mischung aus Viertelbevölkerung und Leuten aus linken Strukturen. Im Park selbst kam es zu phantasievollen Spaß- und mehreren militanten Aktionen.

Die Privatisierung des öffentlichen Raumes Schanzenpark ist Teil einer Politik, die zentrale und damit verwertbare Flächen in der Stadt für private Kapitalinvestitionen zur Verfügung stellt, egal ob für die dort lebenden Menschen überhaupt ein realer Bedarf an den geplanten Projekten besteht. Die Menschen im Schanzenviertel sind seit Jahren mit einer Umstrukturierungspolitik des Senates konfrontiert, die aus dem ursprünglichen Wohn- und Kleingewerbegebiet ein lukratives Vergnügungsviertel macht. Diese Politik geht einher mit der Vertreibung z.b. der offenen Drogenszene und der Menschen, die sich zunehmend die steigenden Mieten im Viertel nicht mehr leisten können.

Das Projekt eines Luxushotels hat aber auch eine über die Grenzen des Schanzenviertels hinausweisende Bedeutung als Teil des vom Senat proklamierten Projektes einer wachsenden Stadt und als Teil der Messeerweiterung, die seit einiger Zeit mehr oder weniger unbeachtet vorangetrieben wird. Der Ausbau des Standortes unter Verwertungsinteressen wird hier wie auch anderswo auf allen Ebenen und gegen die existentiellen Bedürfnisse der Menschen vorangetrieben.

Vor diesem Hintergrund präsentiert sich Hamburg gerne als Stadt der ‚Sicherheit',

in der Widerständigkeit auf jeder Ebene und Abweichungen von einer von oben erzwungenen gesellschaftlichen Norm mit massiver Repression beantwortet wird. In diesen Zusammenhang gehören die Angriffe auf die Proteste der Studierenden und die Vertreibungen von bestimmten Gruppen wie Punks aus verschiedenen Stadtteilen oder Obdachlosen aus der Innenstadt. Genauso wie die Wanderkessel, wo 150 DemonstrantInnen von 1000 grünen Kampfrobotern begleitet werden, sind sie Teil einer Politik der Neuformierung von Gesellschaft vor dem Hintergrund der Kapitalisierung immer weiterer Lebensbereiche.

Das neue Hamburger Polizeigesetz, das im Sommer diesen Jahres in Kraft treten wird, gibt dem Repressionsapparat weitere Instrumente in die Hand, diese Politik durchzusetzen.

Die Einführung von z.b. des 2wöchigen Unterbindungsgewahrsams, der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen oder verdachtsunabhängiger Kontrollen gibt der Polizei Möglichkeiten in die Hand politische Interessen repressiv durchzusetzen ohne einen konkreten Anlass zu benötigen. Alle Menschen stehen zukünftig unter Generalverdacht, die sog. innere Sicherheit zu gefährden.

Der Staatsschutzangriff

Vor dem Hintergrund Hamburger Standortpolitik ist auch die massive Reaktion des Repressionsapparates auf die Aktionen gegen verschiedene Hotels zu verstehen. Auch wenn es kleine punktuelle Angriffe waren, hat der Senat sie ganz offensichtlich als Gefährdung seines Projektes begriffen.

Der Versuch der Innenbehörde, der Presse nach den Aktionen einen Maulkorb zu verpassen, scheiterte und Begrifflichkeiten der Hamburger Zeitungen wie ‚Terror gegen Hotels' und Wortneuschöpfungen wie ‚Farbanschläge' für Würfe mit Farbeiern verursachten vermutlich weiteren Druck. Schließlich mussten Polizei und auch der Hamburger Verfassungsschutz zugeben, dass sie von der Intensität des Widerstands überrascht waren und ganz offensichtlich die Situation um die Hotelbaustelle vollkommen falsch eingeschätzt hatten.

Aber das ist nur ein Teil der Erklärung, warum Polizei und Staatsanwaltschaft auf diese Aktionen mit dem Vorwurf ‚Bildung einer kriminellen Vereinigung' reagiert haben. Eine Reaktion, die vollkommen unverhältnismäßig ist.

Die §§129 (Bildung krimineller Vereinigungen) / 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) und neuerdings auch



129b (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) zielen in ihrer Anwendung eben nicht auf bestimmte Aktionsformen ab, sondern sind in ihrer Funktion als Staatsschutzparagraphen auf politische Inhalte gerichtet, eigentlich immer auf Formen kollektiven Widerstands.
Wir gehen davon aus, dass der Repressionsapparat ein Interesse hat das Verfahren in die Länge zu ziehen. Die Wahrscheinlichkeit, dass gegen noch weitere Menschen ermittelt wird, ist ausserordentlich hoch und es ist sicher, dass für mehrere Menschen Überwachungsmaßnahmen angeordnet sind.

Durch den §129 ist es ihnen jetzt möglich, lange und ausführlich in unseren Zusammenhängen zu ermitteln, zu observieren, abzuhören usw. Die Erfahrung mit §129 / 129a Verfahren zeigt, dass solche Verfahren das Einfallstor für massive Ausforschungen von politischen Zusammenhängen sind und je nach Bedarf weitere Verfahren wegen Mitgliedschaft in, Werbung oder Unterstützung für eine angebliche kriminelle oder terroristische Vereinigung nach sich ziehen, egal ob dabei jemals ein Prozess herauskommt oder nicht.

Genau wie auch die massiven Aufmärsche des Apparates bei Demos, die Darstellung eines Teils des Widerstandes als gefährlich und kriminell, soll Kriminalisierung von Widerstand spalten, schwächen und einschüchtern.

Mit dem §129 hat der Staatsschutz sich die Möglichkeit verschafft, seine Ermittlungsmöglichkeiten ganz erheblich auszuweiten. Ein Teil der Beschuldigten wurde schon vor den Aktionen ganz offensiv von P-Schicht Zivis der Lerchenstrassenwache observiert und genervt. Diese offenen Einschüchterungsobservationen sind vermutlich eine der Grundlagen für dieses Verfahren. Im Zuge des §129 Ermittlungsverfahrens ist es für den Staatsschutz leicht, auf dieses Material zurückgreifen zu können. Die Hausdurchsuchungen und die erzwungene Abgabe von DNA-Proben wäre nur auf der Grundlage eines Vorwurfes wegen ‚Sachbeschädigung' auf keinen Fall durchsetzbar gewesen.

Es ist wichtig im Kopf zu behalten, dass dieser Angriff real ist. Trotzdem darf es kein Grund für uns sein, sich angesichts der Masse laufender Verfahren in der politischen Arbeit lähmen zu lassen. Das würde bedeuten auf das Kalkül der Repression einzugehen.

Es geht gerade jetzt darum, den Widerstand auch gegen das Hotel weiter zu organisieren und in einen grösseren politischen Zusammenhang zu stellen, neue Strukturen zu schaffen und Repression in diesem Kontext zu thematisieren.

Solidarität mit allen Betroffenen
Kein Hotel im Wasserturm
Weg mit den §129 /129a /129b

Und zum Schluss nicht vergessen: Anna und Arthur halten das Maul

Antirepressionsgruppe
‚Wasserturm'
Juni 2005

Autoritäre Formierung

Von der sozialen Sicherheit zur Sicherheit im Polizeistaat

Vier Episoden aus der Jetztzeit zeigen deutlich, wohin die gesellschaftliche Reise gerade geht:
Ein BGS-Beamter verteidigt auf einem Hamburger S-Bahnhof in seiner Freizeit einen Obdachlosen, der von einer Gruppe Jugendlicher angegriffen wird. Die Jugendlichen nehmen den BGSler in die Mangel und verletzen ihn lebensgefährlich mit Messerstichen. Im Unterschied zu den U-Bahnhöfen werden die S-Bahnsteige nur kameraüberwacht, während die Züge einfahren. Am nächsten Tag fordern alle Hamburger Parteien, von der GAL bis zur CDU, dass auch auf den S-Bahnhöfen eine lückenlose Kameraüberwachung und Speicherung der Aufnahmen eingesetzt wird.

Seit der Schwarz-Schill-Regierung in Hamburg im Herbst 2001 werden linksradikale Demos, zuletzt die gegen die Privatisierung des Schanzenparks massiv durch die Polizei eingeschränkt. Spaliere in Form von Wanderkesseln (teilweise in doppelten Bullenreihen) sind die Regel, teilweise wird nur eine Demobreite von vier Leuten erlaubt, vermeintliche Verstöße gegen das Versammlungsrecht (z.B. wegen Vermummung oder Seitentransparenten) werden dazu genutzt, die Demos willkürlich anzugreifen oder aufzulösen. Zum 1. Mai gab es in Hamburg eine EuroMayDay Parade, die von einem relativ breiten Bündnis aus linken GewerkschafterInnen, Studis, Autonomen bis zu MigrantInnengruppen getragen wurde. Wahrscheinlich aufgrund der Größe, der partiellen Gewerkschaftsnähe bzw. der politischen Breite, begleiteten die Bullen die Demo in ihren Wannen nur am Anfang und am Ende. Im Anschluss an den EuroMayDay gab es aus dem Schanzenviertel heraus noch eine linksradikale 1. Mai Demo. Und diese wurde massiv von den Bullen behindert.

In der Fußgängerzone des Hamburger Stadtteils Ottensen gibt es seit 25 Jahren eine Punkerszene, die heute in Teilen von einem lokalen Bauwagenplatz stammt. Seit Ende März machen die Bullen auf alle Jagd, die für Punker gehalten werden. Die Leute werden ohne jeden Anlass nur nach ihrem Äußeren verhaftet und es werden massiv Platzverweise ausgesprochen. Als Begründung dienen angebliche Beschwerden von Gewerbetreibenden. Das Vorgehen der Polizei war so maßlos, dass auf einem bürgerlichen Stadtteilfest der Auftritt einer Punkband verboten wurde und das Anspielen eines Punk-Stücks zu einem Angriff der Bullen führte. Die Punks reagierten an darauffolgenden Wochenenden mit einer breiteren Mobilisierung ihrerseits und warben auch für Unterstützung im alternativen Milieu.

In diesem Sommersemester werden an der Hamburger Uni diverse Aktionen gegen die Einführung von Studiengebühren durchgeführt. In diesem Zusammenhang wollte der AStA im Univiertel eine Demo für mehrere hundert Leute anmelden. Die Innenbehörde genehmigte die Demo nicht und gab als Begründung an, dass zeitgleich in der Innenstadt eine Demo gegen die geplante Massenabschiebung von Menschen aus Afghanistan stattfinden und sie somit über keine weiteren Kapazitäten



verfügen würde. Als sich die Studidemo dann doch formierte, wurde diese von einem ‹beraufgebot von Bullen erst auf den Gehsteig gedrängt und nach kurzer Zeit auf den Uni-Campus geprügelt. Am darauffolgenden Tag beklagten sich Gewerkschaftsvertreter der Polizei, dass ihre Kollegen insgesamt zu viel eingesetzt werden würden und die ‹berstunden nicht abgebummelt werden können.

Soweit einige Szenen aus dem repressiven Polizeialltag in Hamburg und dem diesen begleitenden Sicherheitsdiskurs. Eine möglichst lückenlose Überwachung und Kontrolle des öffentlichen Raumes wird nicht nur von allen im Parlament vertretenen Parteien gefordert, sondern auch von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen. Denn wer nichts zu verbergen habe, über den/die könne auch gespeichert werden, wo er/sie sich aufgehalten habe.

Zermürbung

Die Zermürbungstaktik der Bullen gegenüber linksradikalen Demos zeigt Wirkung. Nicht nur gewinnt die Linke zur Zeit auch an sich keine größere Breite. Die meisten sind ratlos, wie den Angriffen begegnet werden könnte. Versuche, andere Demonstrationskonzepte zu diskutieren, welche die Bullen ins Leere laufen lassen, indem z.B. auf Spontaneität und Dezentralität gesetzt wird, finden kaum Anklang. Die Folge ist, dass herkömmliche linksradikale Demos zur Zeit wenig Perspektiven bieten und sich wahrscheinlich noch mehr Leute aus einem aktiven politischen Alltag zurückziehen werden. Nur wenn, wie es den Punks teilweise gelungen ist, die Repressionsstrategie durch eine größere Anzahl von AktivistInnen, gesellschaftliche Breite und »subversive« Aktionsformen unterlaufen wird, kann dem Vorgehen der Polizei etwas entgegengesetzt werden.

Das Demoverbot gegenüber den Studis aus angeblichen Kapazitätsgründen (grundsätzlich ist das Demonstrationsrecht durch die Polizei immer zu gewährleisten) oder die systematische Vertreibung nach dem äußeren Erscheinungsbild sind schlicht rechtswidrig, genauso wie permanente Wanderkessel auf linken Demos, ohne dass es zu Angriffen aus der Demo kommt, die damit beantwortet werden könnten. Dieses Vorgehen der Polizeiführung ist insgesamt eine bewusst kalkulierte Einschüchterungs-, Abnutzungs- und Säuberungsstrategie und wird von der politischen Führung in der Innenbehörde und im Senat mitgetragen.

Mit dem neuen Hamburgischen Polizeigesetz, das gerade in der parlamentarischen Beratung ist, soll der Spielraum dessen, was für die Polizei legal ist, weiter ausgedehnt werden. Laut Innensenator Nagel wird es das schärfste der Republik. Mit dem neuen Gesetz werden der Polizei einschneidende Handlungsmöglichkeiten gewährt: einjährige Aufenthaltsverbote, 14-tägige Präventivhaft, verdachtsunabhängige Kontrollen, polizeilicher Todesschuss, die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen, automatische Kfz-Kennzeichen-Lesesysteme und präventive Rasterfahndungen. Wie schon jetzt kann davon ausgegangen werden, dass das, was die Polizei real tun wird, über den dann legalen Rahmen hinausgehen wird. Was soll sie daran hindern, linke Aktivisten 14 Tage einzusperren, diese für einen kurzen Augenblick formal freizulassen und sofort wieder einzusperren. Oder wie wäre es mit der Kombination von verdachtsunabhängigen Kontrollen und groß angelegten Aufenthaltsverboten bzw. der Präventivhaft. Insgesamt gilt, Quantität und

Qualität der Einsätze werden nur durch die Kapazität der Polizei bestimmt und durch deren Bemühen, die richtige Mischung aus Abschreckung und allgemeiner Akzeptanz in der Unterdrückung unliebsamer gesellschaftlicher Erscheinungen zu finden.
Insgesamt stehen die neuen Eingriffsmöglichkeiten dafür, dem polizeilichen Handeln außerhalb eines gerichtlichen Strafverfahrens eine eigenständige strafende Qualität zu geben, die sich deutlich vom bisherigen Polizeiauftrag, konkrete Straftaten zu verhindern oder zu verfolgen, absetzt. Bei der vorsorglichen Rasterfahndung, permanenten und anlassfreien Kfz-Zeichen-Überwachung, Kontrollen ohne Verdachtsmomente und der 14-tägigen Polizeihaft gibt es keinen Bezug mehr zum klassischen Polizeiauftrag. Für die Polizei werden Kontrollsysteme aufgebaut, die permanent und teilweise automatisiert die gesamte Gesellschaft ohne konkreten Anfangsverdacht überwachen. Parallel dazu wird die Polizeihaft eingesetzt werden, um nur potentiell mögliche Straftaten auszuschließen und um unbotmäßiges Verhalten abzustrafen. Gleichzeitig werden insbesondere auf Bundesebene die geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden (Telefon- und Raumüberwachung, Einsatz verdeckter Ermittler) und die institutionalisierte Zusammenarbeit der Länder- und Bundespolizeien sowie der eigentlichen Geheimdienste kontinuierlich ausgebaut (das Verbot einer Geheimen Staatspolizei resultierte aus den Erfahrungen mit dem NS-Regime).

Die staatlichen Repressionsorgane gewinnen damit im gesellschaftlichen Alltag eine zunehmende Omnipotenz, indem ihnen immer weniger Grenzen für an sich eingriffsfreie Sphären gesetzt werden. Diese Allumfassendheit gewinnt schon aus sich heraus, unabhängig von der Art ihrer Anwendung, eine autoritäre Struktur, weil die staatliche Exekutive nicht nur Vorrang vor den Restrechten der BürgerInnen hat, sondern auch, weil die Exekutive durch die Entrechtlichung und ihren unmittelbar strafenden Charakter noch unabhängiger und unkontrollierbarer von Parlamenten und Gerichten wird. Die Gerichte nehmen den Zeitgeist ihrerseits auf, indem sie bei Straftaten zunehmend härter urteilen, insbesondere wenn es sich um einfache Eigentumsdelikte der "Unterklasse", wie Diebstahl oder Raub, handelt, während Finanzdelikte weiterhin nur mit Geldstrafen geahndet werden.
Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Ihre Geschichte kann auf zwei Ebenen betrachtet werden, der konkreten Entwicklung der Polizeipolitik und der gesellschaftlichen Grundströmungen, auf denen diese beruht.

Repressionswellen

Im polizeilichen Handeln in Hamburg der letzten 20 Jahre kann ein Wechselspiel mit den sozialen Bewegungen und daraus teilweise abgeleitet auch ein Auf und Ab der Härte und des Grades der Rechtswidrigkeit der Einsätze ausgemacht werden. In den Auseinandersetzungen um das AKW Brokdorf nach dem GAU von Tschernobyl und den Hamburger Kessel 1986 setzte die damalige SPD-Polizeiführung aus Hamburg nicht nur auf Härte im Einsatz, sondern auch auf selbsterklärt rechtswidrige Mittel wie das Zerstören von Autos von DemonstrantInnen (Brokdorf) oder das stundenlange Festhalten im Kessel .
In den Auseinandersetzungen um die Hafenstraße agierte die Polizei ähnlich. Ohne rechtliche Handhabe wurden von 1984 bis 1987 die Häuser wiederholt verwüstet und durchsucht und die Hafenstraße auch über 1987 hinaus der angeblichen Unterstützung der RAF (Rote Armee Fraktion) bezichtigt. Diese Situation hielt gegen den zunehmenden Widerstand der BewohnerInnen und ihrer UnterstützerInnen an, bis Bürgermeister Dohnanyi während der Barrikadentage im November 1987 gegen die Polizeiführung Verträge mit den Häusern annahm. Bis 1993/94 versuchte die Polizei weiterhin durch wiederholte Eskalation und Provokationen, die Situation doch noch zu kippen. Mit diesen Eskalationsversuchen handelte die Polizeiführung teilweise eigenmächtig gegen die politische Führung, genauso wie sie in einigen späteren Situationen versuchte, durch Nichtstun bei linker Militanz einen politischen Skandal zu inszenieren.

1994 kam es zum sogenannten Hamburger Polizeiskandal: Einsatzgruppen der Polizei und einzelnen Polizeiwachen wurde vorgeworfen, systematisch MigrantInnen, insbes. angebliche Drogendealer zu misshandeln und Linke und mißliebige JournalistInnen u.a. gezielt bei Demonstrationen anzugreifen. Diesen Entwicklungen war die Bildung von besonderen Einsatzzügen und speziellen Polizei-Schichten in St. Pauli, Altona und dem Schanzenviertel vorausgegangen, welche die Aufgabe hatten, in einem "kleinen Bürgerkrieg" von oben (der damalige Innensenator Werner Hackmann erklärte, es ginge darum, wer hier das Sagen hätte), Linke oder MigrantInnen dauerhaft und massiv zu bekämpfen. Diese systematische Repressionsstrategie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre stand im Gegensatz (bzw. war eine Erweiterung) zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre, in der die Polizeiführung eher projekt- und anlassbezogen (z.B. bei Hausbesetzungen, Großdemonstrationen) als systematisch und flächendeckend agierte. Der systematischere Ansatz war im Kern auch eine Antwort auf die Erfolge der Linken in der militanten Durchsetzung von mehreren Hausprojekten und der Roten Flora im Schanzenviertel.

Im Zuge des Polizeiskandals musste Innensenator Hackmann und ein Teil der Polizeiführung abtreten. Einige Polizeieinheiten der Innenstadtwachen und die zwei geschlossenen Einsatzzüge Mitte wurden von ihren Funktionen suspendiert. Die funktionale Suspendierung der beiden Einsatzzüge wurde jedoch nach dem Abklingen des Skandals wieder aufgehoben. Die besonderen Einheiten auf den Polizeiwachen wurden bald unter neuem Namen und teilweise nach anderen Organisationsansätzen (z.B. mehr Rotation des Personals) wieder aufgebaut.
In den Jahren von 1995 bis 2001 (Regierungsübernahme durch die Bürgermeister Beust und Schill) hingegen hatte die Linke weitergehende Aktions- und Handlungsspielräume als zuvor. Auf Demos wendeten die Bullen häufig Deeskalationsstrategien an. 1994 sah sich auch zuletzt ein Hamburger Innensenator (Wrocklage) genötigt, mit den militanten VerteidigerInnen des Bauwagenplatzes Bambule im Karolinenviertel zu verhandeln, die Polizeikräfte zurückzuziehen und den Platz bis zum Ende der SPD-Herrschaft nicht mehr infrage zu stellen. Gleichzeitig leitete der polizeiliche Staatsschutz auch keine spektakulären Terrorismusprozesse nach ß 129 a StGB mehr ein, wie es noch mit abnehmender Tendenz bis Mitte der neunziger Jahre üblich war. In den achtziger Jahren wurde häufig wegen einer angeblichen Unterstützung oder Werbung für die Rote Armee Fraktion (RAF) ermittelt, danach konzentrierte sich die Ermittlungstätigkeit nur noch auf autonome Strukturen (insbes. das Radikal-Verfahren).

Diese relative Ruhephase für die radikale Linke in Hamburg fiel in eine Zeit zunehmender eigener Schwäche und Auflösung von Organisationsansätzen und Handlungsperspektiven. Ab 1997 machte sich jedoch auch wieder ein bekannter Handlungsstrang der Polizei bemerkbar. Die Drogenszene und vermeintlich drogendealende MigrantInnen wurden erst systematisch vom Hauptbahnhof und dann aus dem Schanzenviertel vertrieben. Dies ging einher mit entsprechend rassistischen Diskursen von Politikern und aus der lokalen Bevölkerung. Gesellschaftlich war der polizeiliche Sicherheitsdiskurs anscheinend schon so weitgehend durchgesetzt, dass auch die Ablösung des damaligen SPD-Innensenators Wrocklage durch einen repressiver agierenderen Innensenator Scholz (dieser führte u.a. Brechmittel gegen vermeintliche Drogendealer ein) nicht mehr ausreichte, den Wahlsieg von Schill zu verhindern, der gänzlich auf die repressive und rassistische

Karte setzte.

Was danach kam, ist bekannt: Die Vertreibungspolitik wurde von Schill forciert und ausgeweitet, er suchte und fand die Auseinandersetzung mit der Bambule(Bauwagen)bewegung und seine Polizei knüppelte selbst SchülerInnendemos zusammen. Der von Schill aus München importierte Polizeipräsident Nagel setzt nach Beerbung Schills Posten, nun eben als Innensenator, konsequent die gemeinsame harte Linie fort. Nagel hat die ausgesprochene Absicht, in Hamburg die gleiche Konformität und Friedhofsruhe durchzusetzen wie in München. Alles, was das bürgerliche Erscheinungsbild durchbrechen könnte, oder sich der repressiven sozialen und polizeilichen Politik entgegenstellt, soll erst weggeräumt und dann selbst im Ansatz nicht mehr entstehen können. Dabei betreibt er insgesamt einen Wettbewerb um die schärfste Innenpolitik, z.B. auch mit dem Versuch, als erstes Bundesland Massenabschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.

Hegemonie des Sicherheitsdiskurses

Für Hamburg ist eine Abwahl des jetzigen Senats auf längere Sicht nicht absehbar. Gestützt auf den präsidialen, scheinbar ausgleichenden Stil von Bürgermeister Beust, das Monopol der Springerpresse und die Schwäche der SPD (die kaum über grundsätzliche Alternativen zum autoritären Wettbewerbsstaat verfügt, s. u.), wird die CDU ihre derzeitige politische Ausrichtung für einen langen Zeitraum vertiefen und fortentwickeln können. Auf Bundesebene zeichnet sich das gleiche Bild ab. Minister Schily macht grundsätzlich die gleiche Innenpolitik, wie sie auch die Hardliner aus der bayrischen CSU durchsetzen würden Das, was SPD und Grünen jetzt noch in ihrer Gesamtheit an innerer Überzeugung für eine durchgängig autoritäre Politik fehlt, wird unter einer ab Herbst voraussichtlich regierenden CDU-Mehrheit eine neue Stufe der Hegemonie erreichen. Die dann herrschenden politischen Akteure und die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung werden über Klassengrenzen hinweg die autoritäre Formierung begrüßen, mittragen und ausbauen. Eine solche Konstellation wird innenpolitisch mit der »formierten Gesellschaft« des Adenauer-Regimes vergleichbar sein. Ein antagonistischer Widerspruch zur gesellschaftlichen Verfasstheit wird, wie schon jetzt, immer weniger gedacht, geschweige denn praktiziert werden.
In unserem Text "Rechtspopulismus in Hamburg" von Oktober 2002 (www.gruppe-commode.org bzw. www.demontage.org) analysierten wir, dass sowohl Rot-Grün wie Schwarz-Schill im Kern die gleiche Strukturpolitik verfolgen: Nämlich eine auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Wirtschaftspolitik, in der die sozialstaatliche Absicherung und Integration zunehmend durch eine autoritäre Formierung ersetzt wird. Das Kapital besitzt dabei ein unmittelbar gesellschaftlich prägendes Moment, indem es durch die Monopolisierung der Produktionsmittel als Privateigentum die Aufhebung der strukturellen Arbeitslosigkeit verhindert. Mit den Arbeitslosen ist eine soziale Klasse der Überflüssigen entstanden, die auf der Basis der allgemeinen ÷konomisierung und Privatisierung der gesellschaftlichen Beziehungen den Ausgangspunkt für die soziale Repression bildet.

Auf Bundesebene hat die Rot-Grüne Regierung mit dem Zwang von Arbeitslosen in das Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau und dem Zwang aller Arbeitslosen in Ein-Euro-Jobs (Hartz IV), den Systemwechsel vom fordistischen Sozialstaat mit gesicherten Sozialansprüchen zur sozialen Repression vollzogen. Unterschiede bestehen zur CDU/FDP nur noch hinsichtlich der Frage, ob teilweise noch flankierend Elemente sozialstaatlicher Integration zum Tragen kommen sollen. Von einer CDU/FDP Bundesregierung ist eine noch schnellere und weitgehendere Zerschlagung des Systems der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, der betrieblichen Mitbestimmung und der Reste des gewerkschaftlichen Einflusses zu erwarten.
In »Rechtspopulismus« hatten wir eine autoritäre Formierung an zwei Punkten festgemacht. Zum einen steht der Staat nicht mehr für die Verwirklichung einer liberalen Demokratie, d.h. die Verwirklichung formaler bürgerlicher Freiheitsrechte. Sondern die gesamtgesellschaftliche Regulierung wird zunehmend durch eine starke staatliche Exekutivgewalt ausgeübt. Die Verschärfungen im Polizeigesetz, welche voraussichtlich nicht die letzten bleiben werden, sind Ausdruck dieser Entwicklung. Zum zweiten handelt es sich bei dieser Entwicklung nicht nur um die Herausbildung eines Sicherheitsstaates mit polizeistaatlichen Elementen, sondern sie wird auch von einem breiten gesellschaftlichen Sicherheitsdiskurs getragen. In diesem wird der Begriff der sozialen Sicherheit bzw. der sozialen Risiken zunehmend durch den der polizeilichen Sicherheit und Ordnung ersetzt. Der Sicherheitsstaat ist somit in eine Sicherheitsgesellschaft eingebettet.

Neues Regulationsregime

Vor drei Jahren fragten wir uns noch, ob sich eine »schwer umkehrbare Tendenz« in Richtung einer autoritären Formierung



abzeichnen würde. Dies lässt sich jetzt eindeutig beantworten: Es ist insgesamt davon auszugehen, dass sich als neues Regulationsregime eine autoritäre Wettbewerbsformierung durchsetzt und diese den Sozialstaat fordistischer Prägung abgelöst hat. Bisher sprechen die meisten Indizien für ein auf mittlere Sicht relativ stabiles Regime (vorbehaltlich der weiter unten diskutierten Krisen- und Widerstandszenarien). Denn die Praktiken und Diskurse zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit bzw. Konkurrenz und der sozialen und polizeilichen Repression verschmelzen zu einem neuen hegemonialen System. Von den unteren Segmenten der Gesellschaft wird die polizeiliche Sicherheit als Schutz gegen die kapitalistische Internationalisierung imaginiert, d.h. gegen Arbeitsmigration, Schwarzarbeit, Drogenbanden und islamistischen Terrorismus. In Teilen der ArbeiterInnenklasse wird die soziale Repression durch Hartz IV auch als innerstaatlicher Verteilungskampf gegen vermeintliche Sozialschmarotzer angesehen. Die besitzende Klasse wiederum setzt auf den Sicherheitsstaat, um bei der wachsenden Spaltung zwischen Arm und Reich, die »gefährlichen», weil verarmten Klassen, im Zaum halten zu können.
Insgesamt, d.h. klassenübergreifend, herrscht die Sichtweise vor, dass gesellschaftliche Probleme nicht mehr als strukturell zu lösen gelten, sondern durch Bestrafung, Ausschluss und Verdrängung von »störenden« Individuen bzw. Gruppen angegangen werden sollten. Hier liegt der materielle ideologische Kern der autoritären Formierung auf gesellschaftlicher Ebene: Wenn ein soziales bzw. strukturelles Problem nur noch als Ausschluss- oder Zwangsverhältnis gedacht werden kann, bedarf es auch eines omnipotent-repressiven Staates für dessen vermeintliche Lösung. Die Fokussierung auf die Regulationsmomente Wettbewerbspolitik und sozialer sowie polizeilicher

Repression, unter Zurückstellung sozialintegrativer Momente, stellt anscheinend keinen Verlust an ideologischer und politischer Durchsetzungsfähigkeit des gegenwärtigen Regimes dar.

Bei aller Ideologie hat die Organisation der unmittelbaren Staatsgewalt heute unter Umständen mehr Handlungsmacht als die Wirtschaftspolitik noch im Fordismus mit einer nachfrageorientierten Konjunkturpolitik besaß. Die Wirtschaftspolitik ist gegenwärtig im wesentlichen auf eine gesamtwirtschaftlich passive Angebotspolitik um die beste Standortqualität beschränkt, während die polizeiliche Eingriffsstruktur und die gesellschaftliche Sicherheitspartnerschaft noch einen Rest an Gestaltungsmacht besitzen: Das Flüchtlingsregime ist so hart, dass es kaum noch zu Asylanträgen kommt, der Kampf gegen die Drogenszene ist so umfassend, dass diese im Hamburger Stadtbild kaum noch wahrgenommen werden kann, die Ressourcen des Zolls zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wurden verdoppelt, so dass das reale Lohnniveau auf den Großbaustellen nicht mehr weiter sinkt. Die sich abzeichnende konservative Parteienherrschaft der nächsten Jahre ist deshalb im wesentlichen Ausdruck und ggf. auch ein beschleunigendes Moment, nicht jedoch der eigentliche Motor der Entwicklung.
In diesem Zusammenhang wurde schon häufiger diskutiert, ob der autoritären Wettbewerbsformierung innere Grenzen gesetzt sind. Die Nachfrageschwäche in der Bundesrepublik beruht auf der Verarmungs- und Sparpolitik, gepaart mit der Zerschlagung des alten Sozialstaates und der dadurch ausgelösten Ängste. Eine autoritäre Zurichtung der Gesellschaft könnte auch den Effekt haben, dass kapitalistische Produktivität und Kreativität oder der notwendige internationale Austausch behindert werden. Dabei ist jedoch in den letzten Jahren sehr deutlich geworden, dass die politischen Stellvertreter des Kapitals sehr genau wissen, wann sie z.B. einen Antifaschismus von Oben inszenieren müssen. Autoritäre Regime in China oder auch Singapur liefern darüber hinaus den Beweis, dass politische Unfreiheit (nach bürgerlichen Maßstäben) nicht zu Produktivitätsverlusten oder einer Gefährdung der Weltmarktposition führen müssen.

Solange keine emanzipativen Gegenbewegungen entstehen, ist deshalb die Zunahme von zwei Momenten denkbar: Eine Monadisierung (Abschließung) bzw. Privatisierung der einzelnen, die sich in dem autoritären Regime einrichten zum einen und eine Zunahme autoritärer Tendenzen bzw. (Selbst)Zurichtung zum anderen, die in einer späteren Phase die Entwicklungen auf eine neue Stufe heben könnten, wenn diese eine losgelöste Eigendynamik entfalten. Der jetzige Stand autoritärer Wettbewerbsformierung würde eine solche Entwicklung begünstigen, weil andere Regulationsmomente, wie die einer sozialen oder freiheitsrechtlichen Integration, zur Zeit keine wesentliche Rolle mehr spielen. Zur Lösung einer sich stark zuspitzenden ökonomischen Situation läge dann in einem sich verengenden Entscheidungstrichter die massive Ausdehnung und qualitative Neuausrichtung der sozialen und polizeilichen Repression nahe. Ein wirkliches Gegenmoment zu einer solchen Tendenz entstünde nur, wenn in sozialen Kämpfen zumindest ein partieller Ausbruch aus der autoritären und wettbewerblichen (Selbst)Zurichtung gelänge. Insgesamt sind somit in den nächsten Jahren keine substanziellen Grenzen einer fortgesetzten autoritären Formierung erkennbar.
Wenn die Einschätzung zur autoritären Formierung stimmt, dann stellt sich für die Linke die Frage, wie sie strategisch auf die Situation reagiert: Grundsätzlich sind wir in der Vergangenheit von der Annahme ausgegangen, dass der Schwerpunkt unserer Handlungsansätze auf den sozialen Fragen liegt. Der Kampf gegen staatliche Repression wurde als ein notwendiges Übel gesehen. Wir bildeten uns nicht ein, dass daraus eine emanzipative Dynamik entstehen würde. Denn Kämpfe gegen staatliche Gewaltverhältnisse verhalfen nicht zu einem breiteren Aufbrechen sozialer Widersprüche, die aus sich heraus am ehesten Ansätze zu sozialen Veränderungen und Alternativen in sich tragen.
In der jetzigen Situation ist jedoch u.U. ein eigenständiger, politisch ausgerichteter Kampf gegen die autoritären Verhältnisse notwendig. Zum einen schränkt die autoritäre Formierung zunehmend unsere Handlungsvoraussetzungen ein, wie z.B. bei der faktischen Aushebelung der Demonstrationsfreiheit. Zum anderen wird das repressive Moment auch zum zentralen sozialen Regulationselement. Statt tarifvertraglich abgesicherter Arbeitsverhältnisse folgt beispielsweise die faktische Durchsetzung eines Mindestlohnes aus der Bekämpfung der Schwarzarbeit. Wenn deshalb im Widerstand dagegen die staatliche Vorgehensweise polizeilicher Repression nicht angenommen, sondern unterlaufen wird, dann kann der Kampf gegen eine autoritäre Zurichtung über einen Abwehrkampf hinausgehen und auch ein allgemein emanzipatives soziales Potential entfalten.

Wie wirksamer Widerstand gegen die soziale und polizeiliche Repression aussehen kann und dabei allgemein befreiend wirkt, ist noch weitgehend offen.

Die jüngste Kampagne gegen die Einführung des Arbeitslosengeldes II zum 1.1.2005 oder in den letzten Jahren in Hamburg gegen die Zerschlagung einer halbwegs aufgeklärten Drogenpolitik (die das Elend zumindest nicht vergrößerte) sind weitgehend gescheitert. Wie wir auf die neue gesellschaftliche Formierung, die sich zunächst noch weitergehend durchsetzen und verankern wird, Einfluss nehmen können, müssen wir vor allem auch in praktischen Auseinandersetzungen und begleitender Reflektion entwickeln. Historisch haben sich größere bzw. erfolgreiche revolutionäre Bewegungen immer vor dem Hintergrund einer Kombination sozialer, politischer und staatlicher Repression entwickeln müssen (u.a. die französische und die Oktoberrevolution).

Auch wenn eine solche Perspektive zur Zeit nicht gegeben ist, liegt in dieser möglichen Dialektik nicht nur ein konstituierendes, nämlich absicherndes, Moment des autoritären Wettbewerbsstaates. Es wird auch deutlich, dass die Auseinandersetzung mit der autoritären (Selbst)Zurichtung ein notwendiges Moment einer allgemeinen Befreiung ist. Hinreichend ist dies nicht, denn die soziale Befreiung von kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung ist die allgemeine Voraussetzung einer gesellschaftlichen Emanzipation.

Der Kampf um öffentliche Räume kann dabei positiv als Ort verstanden werden, in dem die gesellschaftlichen Widersprüche überhaupt als soziale Konflikte zu Tage treten und ausgetragen werden können. Dabei ergeben sich auch Verbindungen zu den Privatisierungsstrategien von Staat und Kapital. Denn die sozialen Ausschlüsse gehen einher mit einer Privatisierungsdynamik, die repressiv durchgesetzt wird. Dabei besteht die Gefahr, dass die Linke bei der Aufrechterhaltung republikanischer Standards und der Gewährleistung von bürgerlichen Menschenrechten stecken bleibt, auch wenn diese schon als solche notwendige politische Grundvoraussetzungen darstellen. Doch in der autoritären Wettbewerbsformierung kann der Kampf gegen die soziale und polizeistaatliche Repression auch aus sich heraus ein systemsprengendes Moment haben. Die Auseinandersetzung mit der autoritären Zurichtung gewinnt eine neue Qualität, da das jetzige Regime unmittelbar von diesen Regulationselementen abhängt.

gruppe commode
(CommunismusModern),
hamburg im juni 2005

Beugehaft in Magdeburg

Zu Aussgeverweigerung, Repression und dem aktuellen Verfahren



Wir dokumentieren an dieser Stelle einige Texte zum 129a Verfahren in Magdeburg . Es geht um zwei Leute denen vier Brandanschläge vorgeworfen werden und die zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Zur Zeit läuft ein Revisionsverfahren gegen Daniel, einen der beiden "Magdeburg-Gefangenen". Aktuell sitzen zwei Personen in Beugehaft, da sie sich weigerten, Aussagen zu machen.

Erklärung zur Beugehaft

In der zweiten Runde des "Magdeburger 129a – Verfahren", dem Revisionsprozess von Daniel, waren viele aktive GenossInnen aus Magdeburg vorgeladen. Über den Betroffenen hing dabei das Damoklesschwert der Beugehaft, um von ihnen Aussagen zu erzwingen. Die ZeugInnen beschlossen jedoch sich nicht individualisieren und zu Aussagen vor dem Staatsschutzsenat zwingen zu lassen. Stattdessen entstand ein ZeugInnenkollektiv mit einer gemeinsamen Erklärung, die unsere Aussageverweigerung begründete. Ich war der erste geladene Zeuge und wurde folgerichtig auch gleich in Beugehaft genommen. Für das Verlesen der Erklärung des ZeugInnenkollektives kassierte ich auch gleich noch ein Ordnungsgeld von 1000 Euro. Dieses Vorgehen sollte den Druck auf die restlichen ZeugInnen zusätzlich erhöhen. Dennoch bleibt das ZeugInnenkollektiv stark und besteht weiterhin auf Aussageverweigerung. Dieser kollektiven Verteidigung ist es zu verdanken, dass (bisher) nicht noch weitere FreundInnen und GenossInnen von Beugehaft betroffen sind. Zehn Beugehäftlinge wären für das Gericht politisch unvertretbar gewesen. Daran ändert auch das plötzliche "Gutmensch-Getue" eines Richter Braun nichts. Die kollektive Verteidigung war und ist ein kleiner Sieg gegen die durch den Senat vertretende Klassenjustiz. Dieser sollte auch nicht klein geredet, sondern Bestandteil zukünftiger Überlegungen zur Problematik Aussageverweigerung werden. So bleibe ich wohl als einziger Beugehäftling noch in Haft. Aber die Solidarität, die ich erfahre, die Knastkundgebungen, die vielen Briefe usw. stumpfen die Waffe Knast ab und blockieren deren Funktion von Isolierung und Einschüchterung. Dies ist enorm wichtig. Unsere Gefangenen brauchen die Unterstützung und den Kontakt. Sie sind auch innerhalb der Mauern aktiver Bestandteil der Kämpfe, sie wollen dementsprechend auch verstanden und eingebunden werden. Gerade auch an dem Verhältnis zu ihren Gefangenen muss sich eine Bewegung messen lassen.

Freiheit für alle revolutionären und sozialen Gefangenen!
Kein Knast steht ewig!!
Faust zum Gruße, Marco

2ter Beugehäftling im Magdeburger Verfahren

Am 14. Juni 2005 war der 7. Verhandlungstag im Revisionsverfahren zum sog. "Magdeburger Terrorverfahren". Unter den geladenen Zeugen befand sich auch unser Freund und Genosse Carsten, der ebenfalls die vom ZeugInnenkollektiv verfasste Aussageverweigerungserklärung unterschrieben hat. Nachdem er um 13:30 Uhr in den Verhandlungssaal gebeten wurde, verweigerte er wie vorangekündigt die Aussage mit den Worten: "Ich will morgen früh noch in den Spiegel gucken können!". Nachdem das Gericht ihn dann ewig bequatschte was die möglichen Folgen für ihn wären und Carsten sich dennoch weigerte auszusagen, wurde die Verhandlung unterbrochen und das Gericht zog sich zur Beratung zurück. Sämtliche vorherigen Ausführungen von Carstens Verteidiger

§55 StPO geltend zu machen (Selbstbelastung) wurden vom Richter einfach ignoriert. Auch die Tatsache, dass gegen Carsten im vorangegangenen Verfahren nach §129a ermittelt wurde, war irrelevant. Als Richter Braun nach einer halben Stunde den Sitzungssaal wieder betrat verkündete er, das Carsten 500 Euro für die Nichtbeantwortung der Fragen zahlen müsse und er zudem bis zum Ende des Verfahrens in Beugehaft genommen werde, ohne noch einmal vorgeführt zu werden.
So ist Carsten neben Marco nun der zweite Beugehäftling. Die Wahrscheinlichkeit, dass beide noch vor Ende des Verfahrens entlassen werden ist gering, denn wie der Bundesgerichtshof gestern sinngemäß in Marcos Fall entschieden hat, ist dies eine "legitime Maßnahme" und dem Verhalten der Zeugen angemessen.

Solidarität mit den von Repression Betroffenen – auf allen Ebenen! Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Kriminell ist das System und nicht der Widerstand

(Aufruf zu einer Solidemo am 18.06.05)

Ihre Repression ...

Eine zunehmende Repression gegen linke /freiheitliche Bestrebungen und weite Teile der Bevölkerung macht einer intensivere Auseinandersetzung rund um die Antirepression wieder notwendiger. Diese Zunahme ist u.a. darauf zurückzuführen, dass ein massiver Abbau der sozialen Leistungen und Rechte, u.a. auch in Deutschland, stattfindet. Somit wird die Lebensgrundlage immer größerer Bevölkerungsteile zerstört.

Ausgrenzung, Kontrolle und Repression sind Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft, welche sich verschärfen und immer offensichtlicher zu Tage treten, und dazu dienen die Menschen in Schach zuhalten. Sie beschränken sich nicht nur auf eine strafrechtliche Verfolgung sondern beginnen eben schon mit einer gesellschaftlichen Ausgrenzung zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit, Berufsverbote, Sperren durch die Sozialleistungsträger oder durch die Verschärfung der Zuwanderungsgesetze und durch die Beschränkung der Bewegungsfreiheit von MigranntInnen. Immer mehr Menschen werden demnach entweder in die Armut, in die Kriminalität getrieben oder sie entscheiden sich für aktiven Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse und werden durch die Profiteure aus Staat, Wirtschaft und Politik bzw. deren Behörden verfolgt.

Globalisierung der Wirtschaft, Privatisierung sämtlicher Ressourcen, Rationalisierung des Arbeitsaufwandes, Abbau sozialer Strukturen sind die Vorzeichen einer internationalen Entwicklung im Interesse des Profits. Einhergehend findet eine Internationalisierung der Ausgrenzung und Repression statt und betrifft immer größere Teile der Menschheit. (Schon seit 1976 kooperieren Regierungen im Rahmen der Konferenz TREVI fernab jeder ernsthaften und öffentlichen Kontrolle in Fragen polizeilicher und geheimdienstlicher Zusammenarbeit. Schon damals dienten die in verschiedenen europäischen Staaten agierenden bewaffnet kämpfenden Gruppen (u.a. RAF, Action Directe, Brigate Rosse etc.) als Vorwand zum Abbau von bürgerlichen Rechten.

Auch heute wird nach wie vor an dieser Strategie angeknüpft: die jüngsten Gesetzesverschärfungen wurden nach dem 11. September 2001 mit dem Verweis auf eine Bedrohung durch den "islamistischen Terrorismus" schnell und unkompliziert durchgesetzt.) Demnach findet ein weiterer Ausbau und Internationalisierung der Sicherheits- / Repressions- und Kontrollapparate einhergehend mit der Internationalisierung und Verschärfung der kapitalistischen "Marktwirtschaft" statt. Dies wirkt sich auf alle Bereiche des Lebens aus und betrifft Menschen in unterschiedlichen Situationen.

Wir als radikale Linke gehen in bewusste Konfrontation mit dem herrschenden System, welches natürlich mit Repression in vielseitiger Weise permanent antwortet. In Europa sind die Schüsse in Göteborg und Genua einige der jetzigen Höhepunkte der staatlichen Repression gegen emanzipatorische Kämpfe. Über Europa hinaus, sind Schüsse auf Demonstrierende hingegen bitterer Alltag. Weiter sehen sich die globalisierungskritischen Proteste strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt. So läuft beispielsweise in Genua seit März ein Prozess gegen 26 italienische AktivistInnen der anarchistischen und kommunistischen Bewegung. Weitere Prozesse gegen ca. 60 Betroffene, u.a. aus der BRD, sind zu befürchten mit denen Haftstrafen von 8 – 15 Jahren drohen.

Auch in der BRD sind linke politische Zusammenhänge verstärkt von Repression bedroht. Unter Anderem wird in Hamburg gegen 8 Personen nach §129 ermittelt, gegen "libertad!" Läuft am 14. Juni ein Prozess aufgrund einer Onlinedemo gegen Lufthansa, welche dabei hilft tausende von Menschen in ihre Folterstaaten abzuschieben, Thomas Meyer Falk sitzt seit mehreren Jahren unter schärfsten Bedingungen in Isolationshaft, das RZ-Verfahren ist gerade erst vom Tisch, die krassen Strafen für 1.-Mai-AktivistInnen, wie z.B. gegen den Antifaschisten Christian der zu 3 Jahren Haft, wegen des Umkippens eines Autos um die Strecke der Neonazis zu blockieren, verurteilt wurde. Die migrantische Linke – vor allem türkische und kurdische Strukturen, sehen sich ebenfalls einer permanenten Repression ausgesetzt.
In Aachen begann der Prozess gegen Jose, Bart, Gabriel und Begonia u.a. wegen 9 fachen versuchten Mordes, nachdem sie sich einer Kontrolle der Polizei entziehen wollten und verhaftet wurden und sich teils auf der Flucht aus den spanischen Gefängnissen befanden, in denen Folter alltäglich ist.

Magdeburg
Am 22. Februar diesen Jahres ging der Staatsschutzprozess gegen Aktivisten der Magdeburger Linken in die zweite Runde. 1 1/2 Jahre zuvor sprach der 1. Senat des Oberlandesgerichts Naumburg das Urteil gegen die zuvor nach § 129 a 3 Angeklagten antifaschistischen Internationalisten: 2 1/2 Jahre ohne Bewährung und sämtliche Verfahrenskosten für Marco, 2 Jahre ohne Bewährung für Daniel und Freispruch für Carsten. Ihnen wurde und wird vorgeworfen mit anderen unbekannten Menschen Brandanschläge gegen das Magdeburger LKA Gebäude und einem BGS Mannschaftswagen, gegen Daimler Chrysler Fahrzeuge, ein Autohaus und gegen Fahrzeuge der deutschen Telekom

begangen zu haben. Zu den Anschlägen bekannten sich verschiedene militante Gruppen, welche ihren Ursprung in der linksradikalen Gruppe Autonomer Zusammenschlusz [Magdeburg] gehabt haben sollen.

Der § 129 a musste fallengelassen werden, jedoch wird in der Urteilserklärung weiterhin ein Organisationskonstrukt aufgebaut, welches es ermöglicht, einzelne Taten zusammen zu summieren und den Beschuldigten diese gebündelt aufzwingt, ohne dass dies konkret belegt werden muss. Wenn mensch Mitglied in der Vereinigung war, dann habe mensch mindestens an der Planung der Anschläge teilgenommen.
Der damalige Vorsitzende Richter Hennig ließ dies auch in der mündlichen Urteilsverkündung voll zur Geltung kommen, denn er könnte sich einfach vorstellen, dass sie die "Straftaten" begangen haben, es gibt zwar keine eindeutigen Beweise, aber allein ihre politische Gesinnung scheint wohl zu reichen.

"Außerdem setzte der damals vorsitzende Richter brennende Fahrzeuge mit brennenden Synagogen gleich – eine sehr unglückliche Äußerung für eine Person in seinem Amt. Und das war nicht die einzige Links-Rechts-Gleichsetzung in seiner mündlichen Urteilsbegründung." Das Urteil wurde auch mit dem Kommentar gerechtfertigt, dass es "damals" ja auch mit der Bücherverbrennung angefangen hatte...

Dass die angeklagten Mitglieder des Autonomen Zusammenschlusz [Magdeburg] waren, der eine konsequente antifaschistische Praxis in Magdeburg vorantrieb, den antifaschistischen Selbstschutz organisierte in einer Stadt, in der 2 Punks von Nazis ermordet wurden, es Alltag ist, dass MigrantInnen gejagt und erniedrigt werden, die Polizei Nazis schützt, bleibt da natürlich außen vor. Dies ist auch kein Wunder, denn dass der deutsche Staat seit seinem Bestehen mit faschistischen Organisationen zusammenarbeitet und sie auch in Prozessen schützt ist schon lange kein Geheimnis mehr.
"Wissen wir doch, dass an der Strafverfolgung von mordenden und zündelnden Nazischergen kein staatliches Interesse besteht! Wie sonst sind denn auch Urteile wie das des Landgerichtes Schwerin zu verstehen, wo die Angeklagten für Angriffe mit Molotowcocktails auf ein bewohntes Hochhaus in Rostock-Lichtenhagen, also dem Tatbestand des mehrfach versuchten Mordes, Bewährungsstrafen bekamen. Zu erwähnen sind auch die Bewährungsstrafen im Brandenburger §129a- Verfahren oder der gestrige Freispruch eines Halberstädter Nazis, der im April 2000 seinen 60jährigen Nachbarn ermordete."
(Prozesserklärung von Daniel)

Am 22.02.2005 fand der Revisionsprozess gegen Marco statt. Es ging ausschließlich um die Verhandlung des Strafmaßes in der der Richter Braun das Urteil von 2 1/2 Jahren erneut bestätigte. Das Revisionsverfahren von Daniel begann am 5. April 2005 und wurde aufgrund eines Verfahrensfehlers komplett neu aufgerollt. Auf Drängen des Richter Braun, werden erneut alle Zeugen vorgeladen denen bei Verweigerung der Aussage ebenfalls Repression bis zur Beugehaft drohen. Bereits am 26.04.05 verhängte der Richter Braun gegen Marco Beugehaft, der die Aussage verweigerte, und zusätzlich 1000 € Strafe erhielt.

...und unser Widerstand

"...Wir werden auf keinen Fall Aussagen in diesem Verfahren machen, da wir dies nicht mit unserem Gewissen und unserer politischen Identität vereinbaren können. Auch eventuell verhängte Repressionsmaßnahmen werden uns von diesem Standpunkt nicht abbringen. Sondern uns und unser Verhältnis zu diesem System und diesem Spektakel hier eher stärken, da es uns und anderen Menschen weitere Einblicke in die Ungerechtigkeit dieser Verhältnisse aufzwingt."
(Auszug aus der Erklärung des ZeugInnenkollektivs zur Aussageverweigerung)

Um einen kollektiven (politischen) Umgang mit dieser Verfolgung zu finden, erklärten 10 Zeugen in einer Erklärung bereits im Vorfeld ihre Aussageverweigerung (zu finden bei www.soligruppe.de). Diese Erklärung zur Aussageverweigerung ist ein Versuch diesem politischen Verfahren offensiv entgegenzutreten. Die Thematisierung der Aussageverweigerung, Schutz vor der (politischen) Verfolgung muss verstärkt werden, denn unsere politischen Ziele – die Beseitigung jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung – und unsere Solidarität mit unseren GenossInnen und FreundInnen hören im Gerichtssaal nicht auf.
Die Fronten in diesem Prozess lassen sich auch nicht durch etwaige Äußerungen, wie "in der BRD wird niemand wegen seiner politischen Haltung verfolgt" (Richter Braun) oder Kooperationsvorschlägen á la "Das Gericht möchte nur das beste für uns" verschleiern.
Denn die deutsche Justiz "*... kann und wird ... niemals 'Recht' sprechen, da sich ihre Auffassung von Gerechtigkeit auf dem bürgerlichen Gesetzbuch stützt, welches Abschiebungen legitimiert, sozialschwache Menschen die zum Klauen gezwungen sind in Knäste steckt und für all die anderen Schikanen im Namen einer kapitalistischen Verwertungslogik verantwortlich ist. Justiz kann in diesem Sinne auch immer bloß Klassenjustiz sein. ... Da wir uns als emanzipatorische Menschen verstehen, leitet sich aus dieser Einstellung auch unser Verhältnis zu diesem Staat und seiner Justiz ab, wir lehnen beides ab. Beides sind Instrumente der Herrschenden im kapitalistischen System, dienen hauptsächlich ihrer Machterhaltung und richten sich daraus immer gegen die untersten sozialen Schichten und alle, welche nicht die Phantasie und der Mut fehlt, gegen die herrschenden Verhältnisse aufzubegehren.*"
(Auszug aus der Erklärung des ZeugInnenkollektives

Wir als Soligruppe Magdeburg / Quedlinburg unterstützen die Haltung der Beschuldigten und des ZeugInnenkollektives. Dies ist wichtig, da die Betroffenen eine Entscheidung getroffen haben, die uns alle angeht. Dieser Repression können wir nur gemeinsam effektiv entgegentreten. Die Betroffenen brauchen unsere Solidarität. Um zu verhindern, dass das jeweilige Umfeld bzw. die Soligruppen allein mit der Arbeit dastehen und in der politischen Linken isoliert bleiben, müssen wir uns perspektivisch gegen diese Repressionen organisieren, die immer Ausgangspunkt jeder Initiative sein wird, die die Verhältnisse zu Gunsten einer herrschaftsfreien und klassenlosen Gesellschaft angreift.

Stellungnahme zu dem unbegründeten Spitzelvorwurf im Sommer 2004

Wir sind ein Zusammenhang aus dem Umfeld der betroffenen Person. Da eine Aufarbeitung der Ereignisse bisher nicht stattgefunden hat, sehen wir uns gezwungen, uns mit diesem Text zu Wort zu melden.

I. Chronologie

Im Spätsommer 2002 trifft sich angesichts der bevorstehenden Räumung des Bauwagenplatzes Bambule ein kleinerer Kreis von Personen, um Aktionen gegen diese Räumung zu planen. An diesem Treffen nimmt eine Person teil, gegen die zwei Jahre später der Vorwurf erhoben wird, sie sei ein verdeckter Ermittler/eine verdeckte Ermittlerin. Wir nennen diese Person im Folgenden Person B. Das nächste Treffen der Aktionsgruppe findet nicht mehr statt. B wird in dem Glauben gelassen, die Aktionsgruppe habe ihre Arbeit aus organisatorischen Gründen eingestellt. Tatsächlich wird B von diesen Treffen ausgeschlossen, weil außenstehende Personen die Aktionsgruppe bereits zu diesem Zeitpunkt mit dem Verdacht konfrontiert haben, bei B handle es sich um eine verdeckte Ermittlerin/einen verdeckten Ermittler. Die Aktionsgruppe hat vor, zu recherchieren, ob der Verdacht gegen B begründet oder unbegründet ist. Es gibt die Überlegung, B mit den Vorwürfen zu konfrontieren.
Eine gründliche Recherche bleibt jedoch aus. Die Personengruppe, die B für eine verdeckte Ermittlerin/einen verdeckten Ermittler hält (oder auch nicht?) verzichtet des weiteren darauf, das Gespräch mit B zu suchen.

Zwei Jahre später, im Spätsommer 2004, tagt auf dem Bauwagenplatz Wendebecken ein Bündnisplenum anlässlich der angekündigten Räumung desselben. B wird im Rahmen dieses Treffens von einer Person beiseite genommen, die sie auffordert, das Treffen zu verlassen. Als Begründung für den Ausschluss wird angegeben, dass eine Einzelperson, die namentlich nicht genannt werden will, Vorbehalte gegen B habe. B verlässt das Plenum und geht davon aus, dass es sich bei diesen ÇVorbehalteni um persönliche Antipathien handle. Sie bittet um ein Telephonat, in dessen Rahmen der Grund für diese Antipathien und den Ausschluss von dem Plenum besprochen werden soll. Auf Nachfrage von B findet schließlich 4 Tage später ein Treffen zwischen ihr und zwei weiteren Personen statt. Die beiden weiteren Personen übergeben B eine Liste mit verschiedenen Fragen, die sich auf die Biographie und den Lebenszusammenhang von B beziehen. Abgeprüft werden sollen unter anderem finanzielle Situation, Nachname, familiärer Hintergrund, Geburtsdatum, Schulzeit und Freundeskreis von B. Im Rahmen dieses Gesprächs wird B damit konfrontiert, dass sie von einigen anderen Personen für eine verdeckte Ermittlerin/einen verdeckten Ermittler gehalten wird. Wir nennen die Personen, die den Vorwurf erhoben und/oder weitergetragen haben im Folgenden Personengruppe A. Nach der Beantwortung mehrerer Fragen des Fragenkatalogs, die bei B zuhause stattfindet, wird behauptet, der Verdacht gegen sie habe sich entkräftet. B ist an dieser Stelle jedoch völlig unklar, in welchem Rahmen und von welchen Personen der Verdacht gegen sie geäußert und diskutiert worden ist. Person B informiert ihre Bezugspersonen über den gegen sie erhobenen Vorwurf und zieht sich aus den politischen Projekten zurück, die unmittelbar mit diesem in Zusammenhang stehen. Sie fordert ihre Rehabilitation, die Aufklärung des Vorfalls und die persönliche und politische Positionierung derjenigen, die den Verdacht gegen sie geäußert und diskutiert haben.
Relativ zeitnah erscheint eine kurze Stellungnahme, die einräumt, dass der Verdacht gegen B unbegründet war. Ferner erhält B einen persönlichen Brief, in dem ein Teil der involvierten Personen die Ereignisse im Stil eines Erinnerungsprotokolls schildert. Am 15. 03 2005 findet in der Flora eine Veranstaltung statt, die von einigen der Personen organisiert wird, die den Vorwurf geäußert haben und in der

Wie arbeiten Spitzel [und wie werden sie erkannt?]

Wir legen zur Begriffsdefinition die Trennungslinie zwischen V-Leuten und verdekkten ErmittlerInnen, die verbeamteten StaatsdienerInnen sind zu Grunde.

Da gibt es also einmal die V-Leute, die so genannten InformantInnen, die für ein bisschen Geld mehr oder weniger regelmäßig Berichterstattungen an die Polizei liefern. Bekannt werden in der Regel nur die gescheiterten Anwerbeversuchen, die gerne mal mit erpresserischen Mitteln ablaufen, seien es Drohungen persönlicher oder justizieller Art. Selten erfahren wir von denen, die sich auf dieses Spiel einlassen, deren Motivationen vielerlei sein können: Abenteuerlust, Geldnot oder die Annahme, einen ausgebildeten Spezialisten des VS überlisten zu können. Nichtverbeamtete Spitzel lassen sich auf ein Spiel mit dem Feuer ein: fliegen sie auf, wird wohl kaum irgendein staatlicher Schutz für sie bereitgehalten werden, um sie vor der Reaktion der Bespitzelten zu schützen.

Andererseits sind da die ausgebildeten verdeckten ErmittlerInnen, die sich für einen längeren Zeitraum möglichst weit in Strukturen hineinbegeben. Idealerweise sind sie selbst für kritische, ihre Identität in Frage stellende Situationen ausgebildet. Aber trotz aller Professionalität haben sie auch ein Leben neben ihrem Beruf, haben Lücken in ihren Legenden und kommen vor allen Dingen nicht aus innerer Überzeugung in die Szene, sondern haben eine demokratisch-bürgerliche Einstellung sonst wären sie wohl gar nicht erst zur Polizei gegangen, oder?

Sowohl für InformantInnen als auch für verdeckt ermittelnde BeamtInnen gilt: Sie müssen sich immer mehr in ihre Doppel-Identität hineinstricken, denn gerade die privaten sozialen Kontakte und Stimmungen sollen von ihnen ermittelt werden. (siehe hierzu als Beispiel die verdeckte VS-Ermittlerin in der Hannoveraner Linken 1998-2001 »Die Lügen-Legende der V-Frau Kristi Weiß«, in: SPIEGEL-Online, 10.9.2002) Aber unabhängig davon, ob sich Spitzel selber enttarnen oder enttarnt werden, die persönlichen wie politischen Auswirkungen eines wirksamen Einsatzes sind klar vorhersehbar: Wut und Erschütterung bei den Bespitzelten, je näher der Spitzel ihnen stand, desto erschütternder für diese und die betroffene politische Struktur.

Quellen: "Diskussionsbeitrag zum Liquidationsflugblatt gegen S.H.",1989
Markus Mohr, Klaus Viehmann (Hg.)"Spitzel- eine kleine Sozialgeschichte" Berlin, Hamburg 2004

sich mit dem Vorfall auseinandergesetzt werden soll.

II. Eine Frage des Umgangs

Verantwortungsübernahme und ein korrekter Umgang im nachhinein bzw. dessen Benennung hätten die mindeste Konsequenz aus dem unter Abschnitt I. geschilderten Vorfall sein müssen. Das gerne vorgebrachte Argument, dass »alles so schwierig« ist, diente Personengruppe A einmal mehr dazu, es sich leicht zu machen. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie ein Umgang mit einem sogenannten Verdacht aussehen könnte.

Vorangestellt sei, dass wir hier unterscheiden zwischen einem unguten Gefühl einer bestimmten Person gegenüber und einem wirklichen Verdacht. Ein Verdacht beinhaltet, dass Fakten vorliegen, die über eine bloße Vermutung hinausgehen. Wenn sich zeigt, dass die Person z. B. gelogen hat, Angaben nicht nachvollziehbar sind oder sich eine Biografie als Legende herausstellen könnte, so ist von einem Verdacht zu sprechen. Die Beschäftigung mit einem Spitzelverdacht einer konkreten Person gegenüber ist immer eine entweder- oder Entscheidung, aus der sich eine persönliche und politische Verantwortung ergeben muss.

Es kann also sein, dass bestimmte Anhaltspunkte im Verhalten einer Person vorliegen, die bei einer/einem selbst das Gefühl erzeugen, die Person sei nicht vertrauenswürdig. Jeder/jede sollte individuell überprüfen, ob diese Anhaltspunkte objektiv greifbar sind und was es ausmacht, diese auffällig zu finden. In diesem Moment sollte sich mensch schon darüber im Klaren sein, dass ein Offenbaren gegenüber einer anderen Person sofort bedeutet, Verantwortung für den weiteren Verlauf zu übernehmen. Dieses gilt ebenso für jede weitere Person, die von dem Misstrauen erfährt. Sie muss die Verantwortung übernehmen, zu schauen, ob das Misstrauen berechtigt sein könnte. Es bedeutetet für alle, nur zwei Handlungsalternativen zu haben: Weiter aufklären oder Mund halten! Es bedeutet, sich genau zu überlegen, welche Personen über die eigenen Vorbehalten informiert werden. Es sollten immer möglichst wenige Menschen davon erfahren und die Ebene des Klatsch und Tratsch nie betreten werden.
Ein ungutes Gefühl zu einer Person kann nur aufgeklärt werden, indem versucht wird, diese näher kennen zu lernen. Hierbei sollte sich bereits klar gemacht werden, was ausreichen würde, um das Gefühl zu beseitigen oder zu bestätigen. Ob mensch selbst dazu geeignet ist, die betreffende Person näher kennen zu lernen, sollte ebenfalls hinterfragt werden. Dass komische »Ausfragesituationen« oder nicht nahe genug stehende Personen bei einer/m selbst ein ablehnendes Gefühl auslösen, dürfte der einen oder dem anderen nicht unbekannt sein.
Ob ein ungutes Gefühl zu einem Verdacht wird, sollte immer von Situation zu Situation entschieden werden. Es kann keinen genauen Fahrplan geben, der einfach abrufbar ist. Wie Aussagen einer Person, der misstraut wird, aufzuklären sind, bleibt der Fantasie und dem Geschick der Menschen überlassen, die sich damit auseinandersetzen. Hilfreich ist es aber spätestens an dieser Stelle auf vorhandenes Erfahrungswissen zurückzugreifen. Diese Hilfestellung wird auf Anfrage bestimmt nicht verweigert werden. Sind Unklarheiten nicht auflösen, sollte sich gefragt werden, was ausreichen würde, um einen Verdacht zu formulieren bzw. um ihn fallen zu lassen.
An dieser Stelle finden wir es schwierig, in schriftlich öffentlicher Form zu thematisieren, was individuell entschieden werden muss. Welche Maßnahmen wann wie geeignet sein können, wird möglicherweise schwierig zu entscheiden sein und wir können hier keine einfache Formel herausgeben. Wichtig bleibt jedoch, in die eine oder andere Richtung konsequent zu bleiben.
Bei einer Person, bei der recherchiert wurde, muss in Vorwege klar sein, dass ihr von der Recherche zeitnah nachträglich berichtet wird oder stattdessen eine Konfrontation ansteht.

Bei einer Konfrontation sollte natürlich der Person immer die Möglichkeit eingeräumt werden, Dinge klar stellen zu können. Eine Konfrontation meint nicht die Durchführung eines Tribunals. Somit muss vor der Konfrontation klar sein, welche Dinge zu klären sind. Lediglich diffuse Anhaltspunkte für eine Verdächtigung rechtfertigen niemals eine Konfrontation. Eine Konfrontation darf niemals die »Vorarbeit« ersetzen. Klar soll ebenfalls sein, ab wann der Vorwurf entkräftet oder bestätigt ist.

III. Kritik

Im vorliegenden Fall (siehe I.) kann durchgehend Kritik am inkompetenten Verhalten der ProtagonistInnen geübt werden, wir wollen aber nur an einigen zentralen Punkten ansetzen.
Die Inszenierung der vermeintlichen »Wichtigkeit«: Kein Zusammenhang kann wissen, wie wichtig die Polizei ihn findet, die Gruppe A fand sich jedenfalls ziemlich spannend. Der Reiz des Detektivspielens war für Gruppe A so groß, dass bereitwillig die Infos Dritter über die Person B unkritisch übernommen wurden. Mehr noch: Durch Weitererzählen wurden letztendlich insgesamt circa 17 (!) Personen in den Verdacht eingeweiht. Einen konstruktiven Umgang hat es aber nie gegeben, außer dass durch Tratschen die Verantwortung vermeintlich auf andere übertragen wurde.
Konsequenz: Bei Verdächtigungen muss gehandelt werden. Es geht nicht, dass Strukturen und Zusammenhänge über Jahre durch einen Spitzel gefährdet werden, nur weil es »nirgends Infomaterial« gibt oder weil Leute »in Urlaub« fahren!
Recherche: Leider wurde der Entschluss zur Recherche über Person B über zwei Jahre lang verschleppt. In der Zwischenzeit erledigten einige das Problem durch Vergessen oder Verdrängen, nur wurde nie ein gemeinsamer Schlussstrich unter die Geschichte gezogen. So dümpelte das vage Gefühl wohl bei den meisten noch mehr oder weniger stark im Hirn herum.

Sinnloser Aktionismus: Nach der zwei Jahre (!) andauernden Verschleppung kam Person B einigen der Gruppe A zu nahe und nun, als es um den eigenen Arsch ging, erinnerten sie sich der nicht aufgearbeiteten Beschuldigung. Davor wurde die Bedeutung, die ein Spitzel für alle politischen Zusammenhänge und Projekte hat, wohl nicht realisiert. Wie sonst hätte der Umgang mit der vermeintlichen Spitzelperson bis dahin vermeintlich normal ablaufen können, so wie Bekanntschaften eben so sind? Dieser Umgang mit einer »verdächtigen« Person erscheint nicht nur respektlos der Person B gegenüber, sondern auch als ausgeprägte Verdrängungs- oder Spaltungsleistung im Bewusstsein.
Indizien und Beweise: Wir gehen bei der Schilderung des Falles davon aus, dass die betroffene Person als verbeamtet, also als verdeckt ermittelnd galt. Dies schließen wir aus Fragen nach der Vita der betroffenen Person. Die Konfrontation war sehr dilettantisch: Wenn die Person bei der Konfrontation gewisse Auskünfte nicht gibt oder wenn z.B. wirklich auf keinem Kontoauszug ein Beweis für den öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber zu finden ist? Was dann? Weder über die Bedingungen und die Kriterien noch die Art und Weise einer Konfrontation wurden sich da ausreichend Gedanken gemacht und selbst die Rehabilitation wurde nur schleppend vollzogen.

Es wurde von Anfang bis Ende nicht geklärt, was ausgereicht hätte um die »Spitzelverdächtigung« zu entkräften oder zu verifizieren. Wichtig ist, eben nicht aufgrund bloßer Unterstellungen oder absurder Vorwürfe ala »die kommt aus einer anderen Stadt« zu verharren und darauf einen Verdacht zu gründen, sondern sich zeitnah zu kümmern.

Umgang im Nachhinein:
Zu keinem Zeitpunkt scheinen sich alle Beteiligten des Personenkreises A ausreichend darüber Gedanken gemacht zu haben, welchen Anteil und Verantwortung sie in der Geschichte hatten. So haben alle einen konsequenten und sinnvollen nachfolgenden persönlichen und politischen Umgang nicht überlegt, wiederum ver-

schleppt, verdrängt oder weil es anstrengend ist, sich einfach herausgezogen. Alle Beteiligten scheinen immer noch nicht mitbekommen zu haben, welche Auswirkungen diese Verdächtigung im politischen, im persönlichen Umgang oder in dem Raum, in dem mensch sich zwangsläufig gemeinsam bewegt, hat. Eine konsequente Aufarbeitung der eigenen Fehler hätte hier notwendige Voraussetzung sein müssen. Stattdessen
werden die eigenen Schwierigkeiten in den Vordergrund gerückt.

IV. Wie es weiter ging...

Nachdem die Glaubwürdigkeit von Person B bestätigt ist, ist der Personenkreis A gezwungen, die erhobenen Anschuldigungen fallen zu lassen. Es folgt ein öffentlich zugängliches Entschuldigungsschreiben, in dem Personenkreis A vollmundig verspricht, die Geschehnisse aufzuarbeiten und für die Rehabilitation von Person B zu sorgen. Etwa ein halbes Jahr später erhält Person B einen persönlichen Brief, in dem die Ereignisse zusammengefasst werden. Diese Zusammenfassung ist rein deskriptiv, zudem unvollständig und lässt offen, wann welche Personen warum wie agiert haben und auf welche Weise sie wofür Verantwortung tragen. Für eine dezidierte Auseinandersetzung mit den Geschehnissen ist dieses Schreiben insofern völlig unbrauchbar.
Mitte März findet eine Veranstaltung zu dem unbegründeten Spitzelverdacht statt, in deren Rahmen der Personenkreis A die recht erstaunlichen Ergebnisse seiner Auseinandersetzung mit den Ereignissen präsentiert. Der Personenkreis A geht davon aus, dass Spitzel fast immer durch Zufälle auffliegen und sich Verdächtigungen fast immer als falsch erweisen (These 1). Ferner diene Spitzelparanoia der Aufwertung des eigenen Egos. Die vermeintliche Ausspähung einer Gruppe verleihe dieser eine neue Wichtigkeit und Legitimität. Außerdem stärke sie den Gruppenzusammenhalt (These 2). Allgemeine Spitzelparanoia sei kein Schutz vor Spitzeln, sondern trage dazu bei, die Szene klein zu halten. So würden weitere Ausschlüsse produziert. Neuen Leuten würde der Zugang erschwert oder verleidet. Noch dazu könne durch ein Klima allgemeinen Misstrauens die eigene Handlungsfähigkeit eingeschränkt werden (These 3). Wie der Diskussionsprozess, der den Personkreis A dazu veranlasst hat, derart nichtssagendes Geschwätz als inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ereignissen zu verkaufen, im Einzelnen abgelaufen ist, bleibt einmal mehr völlig unklar. Als sich aus den aufgestellten Thesen ergebende Schlussfolgerung präsentiert der Personkreis A die Handlungsanweisung, Verdächtigungen generell zu vermeiden.
Unserer Meinung nach sind die angebotenen Thesen einschließlich des gezogenen Fazits genau das Gegenteil einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit dem persönlichen und politischen Versagen des Personenkreis A. Der Personkreis A begnügt sich mit Allgemeinplätzen, die ihrerseits völlig fragwürdig sind und verzichtet auf die Offenlegung und Analyse der konkreten Situation. Phrasendrescherei und Herumgereite auf »sektiererischen Szeneausschlussmechansimen« erspart den an dem Vorfall beteiligten Personen Selbstreflexion und entlässt sowohl Einzelpersonen als auch den politischen Zusammenhang aus ihrer/seiner Verantwortung.

Was bisher kam reicht nicht aus. Wir erwarten inzwischen eigentlich nichts mehr, möchten aber trotzdem nochmals auffordern, endlich die versprochenen Texte abzuliefern.
Was noch festzuhalten ist: Die überwiegend nüchternen Formulierungen hier im Text geben die ganze Frechheit dieser Aktion nicht wieder.

Kein nationalsozialistischer Rudolf-Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel!



20.08.2005
Antifaschistischer Aktionstag
Von 9-19 Uhr mit Kundgebung und Demonstration Kulturprogramm, Redebeiträge von WiderstandskämpferInnen

Gegen deutsche Opferlügen- Gegen Nationalsozialistisches Heldengedenken NS-Verherrlichung Stoppen!

Wir rufen alle AntifaschistInnen zu einer Demonstration und Kundgebung am 20. August im bayerischen Wunsiedel auf. Mit dieser Veranstaltung wollen wir ein Zeichen setzen gegen den alljährlichen Rudolf-Hess-Marsch, bei dem Faschisten aus ganz Europa zusammenkommen, um den Hitlerstellvertreter und damit stellvertretend das nationalsozialistische Regime zu verherrlichen. Wir wollen, zusammen mit WiderstandskämpferInnen und anderen AntifaschistInnen aus verschiedenen europäischen Ländern, diesem Spuk ein Ende bereiten und darauf hinwirken, dass der 20. August in Wunsiedel als Tag breiten antifaschistischen Widerstands erlebt wird. Auch dieses Jahr wieder wollen deutsche und europäische Neonazis zu Hess

Todestag an dessen Grabstätte in Wunsiedel aufmarschieren. An dieser Demonstration, die seit 2001 unter der Leitung des Hamburger Nazifunktionärs Jürgen Rieger wieder legal im Ort Wunsiedel durchgeführt werden darf, beteiligten sich im vergangenen Jahr etwa 4.800 Personen. In der nunmehr 17jährigen Geschichte der Hessmärsche war das die bisher höchste Teilnehmerzahl und für die nationalsozialistisch orientierte Bewegung in Deutschland ein Erfolg und das befriedigende Ergebnis einer langjährigen Kampagne.

Rudolf Hess wird von den heutigen Nazis zum "Friedensflieger" umgelogen, weil er im Mai 1941 nach Schottland flog, vermutlich um dort einen Separatfrieden mit Großbritannien abzuschließen. Der Hintergedanke dieses Unternehmens war, angesichts des bevorstehenden Angriffs auf die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden Durch die Bezugnahme auf den Mythos Hess wird der gesamte Nationalsozialismus verherrlicht: Das nationalsozialistische Deutschland habe eigentlich den Frieden gewollt, ihm sei jedoch von den "verbrecherischen" Alliierten der Krieg aufgezwungen worden. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden damit insgesamt geleugnet, das Hitlerregime als Opfer einer internationalen Verschwörung dargestellt.

Gegen nationalsozialistisches Heldengedenken

Die Geschichte der Hessmärsche in Wunsiedel beginnt bereits kurz nach dessen Selbstmord 1987 im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau. In den Jahren 1988 bis 2000 hatte der jährliche Aufmarsch zum Todestag von Hess neben der Verherrlichung des Nationalsozialismus auch das Ziel, die Durchführung legaler Neonazi-Aufmärsche in Deutschland zu etablieren. Schon 1991 führte der Druck aktiver AntifaschistInnen zu einem Verbot der Demonstration in Wunsiedel. In den Folgejahren, nach den Brandanschlägen und Pogromen in Hoyerswerda, Mannheim-Schönheim, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und anderen deutschen Städten, wurde der Druck auf die Bundesrepublik Deutschland so groß, dass die Hess-Anhänger nur noch im benachbarten Ausland zu Kleinstaufmärschen mobilisieren konnten, z.B. in Luxemburg, Roskilde (Dänemark) und Trollhättan (Schweden).
Diesänderte sich in Folge der vom Hamburger Neonazi Christian Worch 1997 gestarteten Aufmarschkampagne. Indem er nahezu jedes Wochenende irgendwo in der Bundesrepublik einen Naziaufmarsch veranstaltete, gelang es ihm, einen Normalisierungseffekt zu erzielen. Besonders zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die Worch die Durchführung von Demonstrationen ermöglichten, gaben den Nazis nun die Möglichkeit, Aufmärsche durchzuführen, wie und wo sie wollten. Jürgen Rieger ergriff die Gelegenheit und meldete 2001 den Hess-Gedenkmarsch gleich für 10 Jahre in Wunsiedel an
Nunmehr ist es den Nazis gelungen, eine legale Grundlage für die offene Huldigung des Nationalsozialismus zu schaffen. Der Hessmarsch gewinnt an Bedeutung für das Anwachsen einer generations- und parteiübergreifenden Nazibewegung. Nazis unterschiedlichsten Alters, aus verschiedener sozialer Herkunft und mit teilweise gegensätzlichen politischen Werdegängen und kulturellen Hintergründen finden in ihrer Verherrlichung des Nationalsozialismus zusammen. Bei den Treffen mit Volksfestcharakter nähern sich in Wunsiedel SS-Greise, Naziskins, HJ- und BDM-Verehrer in Braunhemd oder Dirndl, gepiercte Hatecore-Fans, Revanchisten und Parteifunktionäre an. Damit erhält der Hessmarsch für das Selbstverständnis der Nazibewegung eine enorme Bedeutung.

Eine besondere Bedeutung erlangt der Hessgedenkmarsch auch durch die internationale Beteiligung. In den letzten Jahren beteiligten sich u.a. Neonazis aus Dänemark, Schweden, Norwegen, England, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Spanien, Italien, ÷sterreich, der Schweiz, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Kroatien, Russland sowie den USA. Seit dem Jahr 2003 ist die NPD auch offiziell dabei. 2004 gingen an der Demonstrationsspitze neben dem Anmelder Jürgen Rieger der NPD Bundesvorsitzende Udo Voigt und Holger Apfel, mittlerweile NDP-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag, womit die Parteispitze deutlich repräsentiert war. Auch drei bundesweit führende Kader der "Freien Nationalisten", Thomas Wulff, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff, die sich erst im Oktober 2004 als NPD-Neuzugänge präsentiert hatten, traten in hervorgehobener Position auf.

Die Teilnahme der NPD am Aufmarsch symbolisiert die gestiegene gesellschaftliche Bedeutung politischer Kräfte, die sich offen positiv auf den Nationalsozialismus beziehen und damit politischen Einfluss gewinnen. Die Wahlerfolge bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September letzten Jahres boten den Rechtsradikalen zahlreiche neue Möglichkeiten. Insbesondere der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag mit einem Ergebnis von über 9,2% ñ fast 200 000 Wähler und Wählerinnen gaben der NPD ihre Stimme ñ sichern eine enorme Medienpräsenz und ermöglichen eine wahrnehmbare Beeinflussung öffentlicher Debatten.

Gegen deutsche Opferlügen

Die bundesrepublikanische Gesellschaft reagiert angesichts dieser neuen Stärke konsequent hilflos. Ein ernsthaftes Vorgehen gegen das volksverhetzende Treiben der Neonazis erschiene auch wenig glaubhaft: Die oft eingeforderte "politische Auseinandersetzung" mit den Rechtsradikalen scheitert daran, dass diese bereits in der Mitte der Gesellschaft existierende Debatten lediglich zuspitzen. Besonders deutlich wird das an der Auseinandersetzung um den Begriff "Bombenholocaust", den der sächsische NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus als Synonym für die Zerstörung Dresdens verwendete. Der Begriff sorgte für bundesweite Empörung und brachte sogar eine Debatte über ein zweites NPD-Verbotsverfahren ins Rollen. Nicht thematisiert wurde in diesem Zusammenhang, dass etwa der von den bürgerlichen Medien hoch gelobte Historiker Jörg Friedrich in seinem Bestseller "Der Brand" längst die Gleichsetzung der Täter mit den tatsächlichen Opfern vollzogen hatte. Er bezeichnete die alliierten Bomberverbände als "Einsatzgruppen", brennende Luftschutzkeller als "Krematorien" und sah die deutsche Zivilbevölkerung "ausgerottet".
Spätestens mit dem Bestseller Friedrichs, mit Guido Knopps ZDF-Dokumentation über das "Schicksal" der deutschen "Heimatvertriebenen" und den Spiegel-Serien über Stalingrad und die "Vertreibung" hat eine breite Diskussion begonnen, in der die Deutschen hauptsächlich als Opfer vorkommen. Die historischen Zusammenhänge, der Vernichtungskrieg im Osten, der industrielle Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden, werden hierbei ausgeblendet oder relativiert. Politische Verantwortlichkeiten werden genauso verschwiegen wie die Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung von der Vertreibung und Ermordung der Jüdinnen und Juden und der Ausplünderung der europäischen Nachbarländer lange Zeit profitiert hat.

Der zweite Strang dieser geschichtsrevisionistischen Diskussion zeigt sich anhand der Auseinandersetzungen um die deutschen Militäreinsätze im ehemaligen Jugoslawien vor 5 Jahren. Damals wurde gerade die deutsche Verantwortung für die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden als politisch-moralische Legitimation des Einsatzes deutscher Soldaten auf dem Balkan herangezogen. Ein nach der Wiedervereinigung und der Ablösung der CDU-Regierung selbstbewusst auftretendes Deutschland wollte der Welt nicht nur zeigen, dass es den Nationalsozialismus bewältigt und aufgearbeitet habe; es fühlte sich darüber hin-

aus noch im besonderen Maße moralisch befugt, die Welt, nötigenfalls auch mit Waffengewalt, nach seinen Vorstellungen zu gestalten.
Auch am Umgang mit den Hessmärschen kann diese Veränderung des Selbstbildes der politischen Eliten in Deutschland nachvollzogen werden. Die Kohl-Regierung stand aufgrund der Naziverbrechen noch unter dem Druck der deutschen und internationalen ÷ffentlichkeit und bemühte sich daher, Deutschland als Staat darzustellen, der sich gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus stellt. Dies wirkte sich sowohl auf die Außen- und Europapolitik als auch auf den Umgang mit Neonazis aus. Mit dem Regierungsantritt der Schröder-Fischer-Koalition, die aufgrund ihrer Vergangenheit in der 68-er-Bewegung diesen Druck nicht hatte, wurde ein neues Selbstbild des bundesdeutschen Staates als per se antifaschistisch geschaffen. Ausgehend von der These der inhaltlichen wie personellen Bewältigung des Nationalsozialismus wurden beispielsweise die internationalen Militäreinsätze gerade mit der Verantwortung vor der Geschichte begründet.

60 Jahre Befreiung vom Faschismus

Der Unwille zu einer politischen Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen, die zwangsläufig eine Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und auch mit dem eigenen Geschichtsbild sein müsste, führt auf der anderen Seite dazu, dass auf die Provokationen wie z.B. die Anmeldung des NPD-Aufmarsches zur Verhöhnung des 60. Jahrestages der Befreiung durch das Brandenburger Tor lediglich mit einer weiteren Einschränkung des Demonstrationsrechts und dem Abbau demokratischer Grundrechte beantwortet werden.
Der 60. Jahrestag der Befreiung ist mehr als ein bloßes historisches Ereignis. Hier besteht eine der letzten Möglichkeiten, mit ‹berlebenden des Nationalsozialismus, mit aktiven GegnerInnen und WiderstandskämpferInnen zusammenzukommen. Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht abgewickelt, der Nationalsozialismus nicht aufgearbeitet und überwunden im Sinne der neuen deutschen Innen- und Außenpolitik. Die Verantwortung gegenüber den Opfern des Faschismus mahnt uns zum Widerstand gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Militarismus. Wir tragen individuelle Verantwortung dafür, dass Faschisten in Deutschland nie wieder Macht und Einfluss haben können.
Wir wissen, dass wir rechtsradikale Propaganda nur stoppen können, wenn wir eine die gesamte Gesellschaft durchdringende, offene Auseinandersetzung über die zugrunde liegenden Werte und Ideologie führen. Wir wissen aber auch, dass wir uns erfolgreich den Nazis entgegenstellen können, wenn wir dies gemeinsam tun. Wenn wir den Widerstand gegen den nationalsozialistischen Hess-Gedenkmarsch als Teil eines umfassenden Kampfes gegen Faschismus und Barbarei, für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben der Menschen begreifen, können wir langfristig nicht nur den Rudolf-Hess-Marsch verhindern, sondern auch einen Schritt hin zu einer tatsächlich antifaschistischen und solidarischen Gesellschaft tun.
Machen wir also den Todestag Rudolf Hess zu einem Tag, der der antifaschistischen Bewegung und dem Kampf gegen den Faschismus und für eine befreite Gesellschaft gehört.

NS-Verherrlichung stoppen!

Email-Kontakt:
info@ns-verherrlichung-stoppen.tk
Web: www.ns-verherrlichung-stoppen.tk

Kein Nazi-Aufmarsch in Hamburg

Nicht in Eidelstedt, nicht in Schnelsen und auch nicht anderswo!

Beherzte Anwohner beendeten am 17. Juni eine Nazikundgebung in Schnelsen. Über 300 Jugendliche quittierten den Auftritt des rechten Propagandatrupps mit einem gellenden Pfeifkonzert. Daraufhin brachen die etwa 50 Anhänger des neonazistischen "Aktionsbündnis" ihre Mahnwache nach weniger als einer Stunde ab. Die Polizei zeigte sich vom Ausmaß des spontanen Protestes überrascht: "Wir waren davon ausgegangen, dass die Veranstaltung nicht groß zur Kenntnis genommen wird"; so Polizeisprecher Ralf Meyer, der damit klar stellt, dass für ihn nicht die öffentliche Verbreitung volksverhetzender Propaganda, sondern praktizierte Zivilcourage und antifaschistischer Potest das Problem zu sein scheinen. Schlimmer noch: Anschließend ging die Bereitschaftspolizei umso gewalttätiger gegen die protestierenden Antifaschisten vor. Mehrere Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen, wobei einem jungen Migranten das handgelenk gebrochen wurde – er erstattete Strafanzeige.
Wenige Wochen ist es her, da wurde auf den Kundgebungen zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus über die Notwendigkeit der Zivilcourage gegen Rassismus und Neonazismus gesprochen. In Schnelsen wurde dieser Anspruch eingelöst. Das lässt für den 2. Juli hoffen. Dann wollen wiederum die Anhänger des hamburger Nazikader Christian Worch in Eidelstedt auflaufen. Dagegen mobilisiert dieses Mal ein örtliches Bündnis – darunter Mitglieder verschiedener politsicher Parteien, Mitarbeiter aus Kinder- und Jugendeinrichtungen, die türkische Gemeinde, der Stadtteilbeirat, das Bürgerhaus Eidelstedt sowie zwei Kirchengemeinden. Die Stadtteilinitiativen fordern die Hamburger Innenbehörde auf, den Naziaufmarsch, der um 12 Uhr vom Eidelstedter Platz zum Graf Johann Weg (und wieder zurück) gehen soll, nicht zu genehmigen. Zum anderen wollen sie "vor Ort" protestieren.
Das Antifaschistische Bündnis Hamburg unterstützt die örtlichen Aktivitäten und hofft auf ihre und eure Beteiligung. Aus der Geschichte lernen heißt dem organisierten Neonazismus rechtzeitig entgegenzutreten – denn Faschismus ist keine hinzunehmende Spielweise des irgendwelcher Wirrköpfe, sondern eine politische Bedrohung und ein Verbrechen an der Menschheit.
Am 30. Juli steht Hamburg noch ein weiterer Naziaufmarsch bevor. Aus dem Kameradschaftsspektrum, das sich an Wulff und der Zusammenarbeit mit der NPD orientiert, wird zum 62. Jahrestag der Operation Gomorrha ein Gemisch aus Vaterlandsdusselei, Antiamerikanismus und Kriegsverherrlichung angerührt. Der Aufmarsch nimmt Bezug auf die alliierten Bombenangriffe, also die Zeit zwischen dem 24. Juli und dem 3. August 1943, wo in der nacht des "Feuersturms" vom 27. auf den 28. Juli 40.000 Menschen starben. Dabei "vergessen" die Nazis zu erwähnen, dass es das faschistische Deutschland war, das den krieg vom Zaun brach, in dessen Folge über 50 Millionen Menschen umgebracht wurden. Sie "verschweigen" dass der alliierte Bombenkampagne über deutsche Städten, deutsche Luftangriffe auf

englische Städte wie London und Coventry vorausgegangen waren. Im Aufruf des Antifaschistischen Bündnisses Hamburg vor zwei Jahren hieß es dazu: "Das Faschisten sich als Friedenskraft verkaufen wollen, ist zynisch, geschmacklos und durchsichtig".
Auch in diesem Jahr beklagt das neonazistische "Aktionsbüro" wieder nur die deutschen Opfer. Doch anders als vor zwei Jahren geht's es den Nazis diesmal weniger darum, mit ihrem Thema an die Öffentlichkeit zu treten, als vielmehr Ausdauer und Kontinuität zu demonstrieren und ein eigenes Signal im Wahlkampf zu Gunsten der NPD auszusenden. Im arbeitsteiligen Vorgehen des organisierten Neofaschismus fällt ihnen die Aufgabe zu, jüngere Aktivisten einzubinden und nach dem Vorbild der SA als Drohpotenzial und Terrorgruppe aufzubauen. Udo Voigt, der Vorsitzende der NPD, spricht offen von den drei Schlachtfeldern der rechten Volksfront als "Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe und Kampf um die Parlamente."
Der Naziaufmarsch wird auf entschlossenen Widerstand stoßen! Kein öffentliches Forum für Nazis!

Samstag 30. Juli
Antifa-Demo
11 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben.

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen

summer of resistance
oder lucky streik light

wir haben vor, im folgenden einen abriss unserer kritik am summer of resistance (kurz "sor") zu skizzieren.
der sor ist angetreten, studiengebühren zu verhindern. "nichts anderes gilt" (1). somit verschließt sich dieser "widerstand" jeglichem emanzipatorischen und gesellschaftskritischen anspruch. nicht weil nicht von einzelnen akteurInnen ein weitergehender wille reklamiert würde, sondern weil die grundlegende ausrichtung auf eine pluralistische bunte bewegung einen solchen anspruch ausschließt. die zunehmende reduzierung auf die forderung "studiengebühren stoppen" führte zwar zu einer vergrößerung der bewegung, sie verurteilte jedoch das ziel, radikale kritik zu transportieren, von vornherein zum scheitern. stattdessen hatte diese reduktion fatale inhaltliche und methodische konsequenzen.
die konzentration auf konkrete akteurInnen wie "rechts"senat, parteien und bestimmte personen mag für die ausschließliche verhinderung von studiengebühren erfolgversprechend sein, verschleiert aber die gesellschaftlichen verhältnisse, welche die derzeitige hochschulpolitik hervorgebracht haben. die rolle, die universitäten schon in ihrer bisherigen form für die reproduktion dieser gesellschaft spielten, unabhängig von der "bösartigkeit" und "charakterschwäche" einzelner akteurInnen, bleibt somit unreflektiert. eine kritik der warenproduzierenden gesellschaft ist unter diesen voraussetzungen unmöglich.
ebenso unmöglich wird eine konsequente kritik von identitätskonstruktionen. wo sich bereits menschen, die nichts gemeinsam haben als ein semesterticket, in einer symbolisch aufgeladenen gemeinschaft wähnen, wird die dekonstruktion von hierarchischen kategorien wie rasse, geschlecht und nation aussichtslos. im rahmen des sor erfolgt eine weitere aufladung der kategorie "studi" durch labelling und urabstimmendes "kreuzchen machen an der richtigen stelle". hiermit wird eine homogene studierendenschaft mit einem vorgeblich einheitlichen interesse suggeriert. durch diese konstruktion einer studierendengemeinschaft auf der einen und die benennung von "dräger und lüthje" als entscheidungsmächtige gegner auf der anderen seite, werden die politischen differenzen innerhalb der studierendenschaft überlagert.
dabei ist das gemeinschaftsstiftende "studiengebühren stoppen" so offen, dass sich verschiedenste motivationen darin wiederfinden können: "eigeninteresse", "erhaltung der uni als freiraum", "soziale gerechtigkeit", "bildung ist keine ware", "standort hamburg/deutschland nicht gefährden". diese inhaltliche offenheit ermöglichte es sogar einem brechmittelbefürworter wie prof. püschel, sich in die gelbfront der protestierenden einzureihen. eine wirkliche auseinandersetzung mit dieser problematik findet nicht statt, weil es vielen aktiven wichtiger ist, niemanden zu verschrecken, als einen gesellschaftskritischen standpunkt einzunehmen und einem rassisten das mikrophon zu klauen.
doch nicht nur die reduktion auf die forderung "studiengebühren stoppen" ist problematisch, auch die forderung selbst ist bestenfalls im wortsinn konservativ, schlimmstenfalls führt sie zu einem verteilungskampf, in dem sich studierende gegen andere soziale gruppen stellen.
zudem ist diese forderung in ihrem fokus auf den finanziellen aspekt keine politische, sondern eine, die sich notwendig aus den lebensumständen der studierenden ergibt. ehemals wichtige (hochschul)politische themen, z.b. zulassungsbeschränkungen, beschneidung von mitbestimmung und verkürzung des bildungsbegriffs auf ausbildung sind blinde flecken im sor. völlig abgesehen wird von wirklich radikalen ansätzen wie der kritik an der funktion der universität in der gesellschaft, an herrschaftsverhältnissen, an institutionen als befriedungsmechanismen.
wir würden gerne mit der polemischen aufforderung "hört auf zu studieren, fangt an zu denken" enden, müssen allerdings noch einen wichtigen denkanstoß hinzufügen. es ist die frage zu klären, ob es möglich ist, in dieser bewegung mit radikalen positionen zu intervenieren und damit den versuch zu unternehmen, sie zu beeinflussen - oder ob die positionen so widersprüchlich sind, dass es notwendig wird, dieser eine radikale kritik entgegenzusetzen.

ein paar nörglerInnen
(1) horkheimer/adorno. dialektik der aufklärung. frankfurt a. main 1969, s. 10.



prekäre zeiten in der linken

einige anmerkungen zur debatte um prekarisierung



Vorbemerkung: Wir haben im Layout zum Text das Prekariat zerpflückt. Gemeint ist in diesem Fall die putzende, dienende, vagabundierende Person mit Laptop (!), zu sehen auf dem Hamburger Mobilisierungsplakat zum euromayday 2005. Warum wir das sinnvoll finden? Weil wir in der "Prekarisierungsdebatte" insgesamt eine eher zerpflückende Position einnehmen - die wir mit diesem Text stark machen wollen.
"Die prekären Verhältnisse zum Tanzen bringen!", "Prekarisierung kippen!" oder auch "Wischmop, Laptop neu vernetzt, dem Pre-ka-ri-at reicht es jetzt!". So oder so ähnlich könnten Flugblatt-, Transpi- und Demosprüche in nächster Zeit wohl lauten. Nachdem die radikale Linke in der BRD seit ca. 2 Jahren die Frage nach sozialem Widerstand umtreibt, immerhin nach fast 20-jähriger Pause, will sie sie nicht mehr loslassen: Sozialforen und Großdemos gegen Sozialabbau, Aneignungsdebatte und Umsonst-Kampagnen, Anti-Hartz-Proteste, die Aktion Agenturschluss oder auch militante Aktionen gegen Arbeitsämter sind Beispiele für eine experimentelle Annäherung an mögliche Antworten. Mehr und mehr werden auch (wieder) die Arbeitsverhältnisse selbst in den Blick genommen, mit dem Fokus auf ihre Prekarisierung. Im letzten Jahr gab es dazu Broschüren und Schwerpunkte in verschiedenen linken Zeitschriften (arranca 31, Fantômas 6, analyse&kritik), Prekarisierung ist zudem Thema des euromayday, und auch auf dem diesjährigen BUKO vom 5. bis 8.5. in Hamburg wird dazu debattiert.
Wie kommt es, dass radikale Linke um den Begriff Prekarisierung kreiseln und sich neuerdings sogar - zumindest teilweise - unter diesem Schlagwort organisieren wollen? Ein Punkt, der als Begründung für die große Popularität der Thematik angeführt wird, ist die eigene Betroffenheit. Wir alle seien prekär Beschäftigte und werden es immer mehr. Das ist zum einen so, weil es keine anderen Jobs mehr gibt, aber auch, so die These, weil wir es gar nicht anders woll(t)en. Ja, wir Linke seien sogar diejenigen, die mit ihrem Wunsch, aussteigen zu wollen aus Arbeitszwang, Leistungsdruck und spießbürgerlicher Normalität, die Prekarisierung in ihrem aktuellen Ausmaß erst möglich gemacht habe. Beides, die eigene Betroffenheit als Ausgangspunkt für eine Organisierung als Prekarisierte und die These von der Prekarisierung von unten, wollen wir kritisch beleuchten. Außerdem ist es unserer Ansicht nach wichtig, antifeministischen Roll-back, Standortnationalismus und Rechtspopulismus als "Nebenwirkungen" von Prekarisierung mit in die Debatte einzubeziehen (wie es bisher unserer Einschätzung nach nur die Gruppe Blauer Montag in ak485 und kürzlich Dirk Hauer als Einzelperson in ak494 getan haben). Am Ende findet ihr dann (vielleicht etwas überraschend) eine Begründung, warum wir es trotz aller Kritik richtig und wichtig finden, sich gegen und entlang von Prekarisierung gemeinsam zu organisieren. Also los...

wir sind sehr betroffen

Sowohl in der Fantômas Nr. 6 ("Prekäre Zeiten" - Winter 04/05) als auch in der arranca 31 ("age of precarius" - Frühling 05) berichten auf die eine oder andere Art "Prekarisierte" über ihren subjektiven Umgang mit entgrenzter Arbeitszeit, schlechter Bezahlung, Konkurrenz etc. Beide Hefte legen einen Schwerpunkt auf diese Berichte, was den Eindruck erwekkt, diese subjektive, durchaus unterschiedlich beschriebene Betroffenheit sei in der radikalen Linken momentan der Ausgangspunkt des politischen Kampfes gegen scheiß Arbeitsverhältnisse.

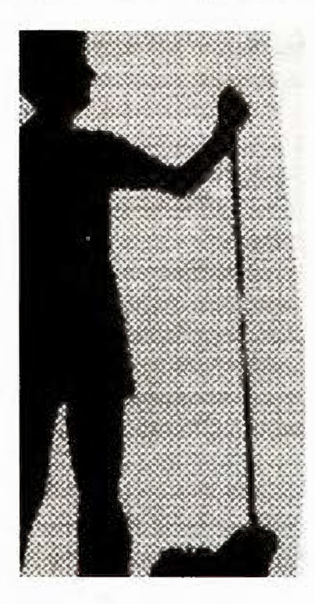
Wir bezweifeln nicht, dass die Tatsache, dass uns prekäre Arbeitsverhältnisse als Linke auch betreffen, auch relevant war und ist für die Motivation, sich wieder mehr der sozialen Fragen zuzuwenden. Wir sind allerdings der Meinung, dass weniger die eigene Betroffenheit, als vielmehr politische Debatten an Unis und in Gewerkschaften sowie besonders vereinzelte Erfolge von Initiativen, in denen sich gesellschaftlich marginalisierte Gruppen oder prekäre Beschäftigte zusammengeschlossen hatten, Teile der Linken dazu brachte, zum Thema Prekarisierung aktiv zu werden. Gemeint sind Erfolge bzw. Kämpfe von Gruppen in Frankreich (Sans Papier, Intermittents, Arbeitsloseninitiativen) und Spanien (Prekarias a la deriva). Dem Bezug auf die Kampagnen und Kämpfe folgte die Übernahme des sie prägenden Mottos, das der gemeinsamen Organisierung zum Erfolg half: Prekarisierung. Kurz: Der Aktivismus auf diesem Feld ist eher einem strategischen Interesse geschuldet, so unsere These. Explizit formuliert dies z.B. Gregor Zattler in arranca 31. Hinzu kam, dass mit der aktuellen Arbeits- und Sozialpolitik der rot-grünen Bundesregierung, die Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen auch hierzulande stärker Thema wurden und die Linke (sinnvollerweise) nach neuen Widerstandsperspektiven suchte.

Die größere Bedeutung der politischen Konjunkturen im Vergleich zur eigenen Betroffenheit für die Themenwahl "Prekarisierung" zeigt sich unserer Ansicht nach auch daran, dass letzterer immer noch individuell begegnet wird, mit sehr wenigen Ausnahmen. Der Widerspruch, auf der einen Seiten um die Abschaffung des Kapitalismus zu ringen, sich auf der anderen Seite letztlich aber auf individuelle Taktiken (und Qualifikationen) zu verlassen, ist nicht neu. Aber: Individuelles Rumwurschteln und das Konkurrieren um Jobs auch innerhalb der Linken haben tendenziell eher zugenommen - wir sehen das als einen deutlichen Unterschied zu den 80er Jahren -, eine gemeinsame Organisierung bleibt vielfach aus. Erklärbar wird dies unserer Meinung nach dadurch, dass es bei JobberInnen- und Erwerbslosenberatung heute nicht mehr



darum geht, sich über offene Jobs gegenseitig zu informieren oder über Rechte aufzuklären. Es gibt schlichtweg kaum (bzw. keine) Jobs, und alle - auch radikale Linke - konkurrieren verschärft untereinander um die, die es gibt - wir verweisen hier nur auf Phänomene wie die Homepage www.jobdumping.de.1 Zudem gibt es mittlerweile weniger Rechte und Taktiken, die allen Arbeitslosen- und Sozialhilfe garantieren und die ich nur kennen muss, um Geld in Anspruch nehmen zu können (hierauf verweist auch die Gruppe Blauer Montag in ak485). Durch die stärkere Betonung der Einzelfallbehandlung in den "Arbeitsagenturen" mit Hartz-IV hat der Handlungsspielraum (und damit die Willkür) der einzelnen SachbearbeiterInnen (jetzt: "Fallmanager") deutlich zugenommen.

Der Versuch, sich entlang dem Schlagwort "Prekarisierung" zu organisieren, ist also nicht so sehr als (kollektive) Reaktion auf die eigene Betroffenheit zu interpretieren. Vielmehr dient er dem Ziel, das eigene Bündnis und damit möglichen Widerstand zu verbreitern. Dies zeigt sich am deutlichsten dann, wenn bewusst mit einem extrem breiten Begriff von Prekarisierung gearbeitet wird. Ein Beispiel ist die erwähnte Mobilisierung zur euromayday-Parade in Hamburg am 1. Mai. Im Aufruf heißt es: "Ob hoch oder niedrig qualifiziert, Ausbildungen oder keine, wir arbeiten in X Jobs. Mobilität und Zeitmanagement sind unser Kapital. Produktionsmittel? Kein Problem - vom Wischmop bis zum PC. Wir sprechen deutsch, türkisch, spanisch, polnisch und was so kommt. Viele haben einen unsicheren Aufenthaltsstatus. Ungewissheit dominiert den flexiblen Alltag von LagerarbeiterInnen, Servicekräften, IT-ExpertInnen, Alleinerziehenden, SexarbeiterInnen, Ich-AGs und StudentInnen." Wischmop (7,- €) und Laptop (1299,- €), deutscher Paß ja oder nein - alles eine Soße? Der Aufruf betont vermeintliche Gemeinsamkeiten in den Erfahrungen, um darüber eine Basis der politischen Organisierung zu schaffen. Leben wir nicht alle ein bißchen prekär? Die Differenzen scheinen zum Zweck des Bündnisses zurückgestellt. Herrschaftsverhältnisse und Hierarchien werden zwar erwähnt, allerdings nur in sehr vager Art und Weise: die globale, prekarisierte Multitude wird sie schon irgendwie abschaffen.



Etwas differenzierter geht es in der arranca zu ("Prekär und permanent aktiv" - arranca 31, S. 8). Die Redaktion trennt in "unterprivilegierte Prekarisierte" und "Luxusprekarisierte". Die beiden Gruppen verbinden, so auch hier das Argument, subjektive Erfahrungen von Individualisierung, Stress, Unsicherheit etc. Der erweiterte Begriff von Prekarisierung soll, so unser Eindruck, die Marginalität der eigenen Strukturen aufbrechen. Wir verstehen durchaus den Wunsch, eine politische Organisierung so zu gestalten, dass hier viele verschiedene Kämpfe zusammengeführt werden können. Auch wenn real empfundener Stress und Konkurrenzdruck bei "Hochqualifizierten" und "SpitzenverdienerInnen", "Existenzangst", "Ohnmachtsgefühl" etc. durchaus Anknüpfungspunkt für eine gemeinsame Organisierung bieten könnten, müssen diese hierfür aber nicht in die Gruppe der Prekarisierten addiert werden. Es macht einen Unterschied, ob und wie ich real von der Prekarisierung meiner Lebensverhältnisse betroffen bin, oder ob nur die eigene Betroffenheit droht. Wir denken, dass es nicht die Lösung sein kann, die unterschiedlichsten Lebensverhältnisse und verschiedene gesellschaftliche Positionen künstlich unter einem Konstrukt zu vereinen. Zu stark fühlen wir uns an die Fehler der Frauenbewegung erinnert. Der scheinbare Vorteil eines erweiterten Prekarisierungsbegriffs, Politik aus der ersten Person zu machen, selbst Betroffen zu sein und als Student mit einer auf sechs Monate befristeten Studistelle in einem Drittmittelprojekt scheinbar vereint mit der illegalisierten Hausarbeiterin ohne jeden Arbeitsvertrag kämpfen zu können, birgt die Gefahr, dass Unterschiede verwischen. Dies macht das angestrebte Bündnis selbst prekär. Dirk Hauer, der dies für die Differenzen zwischen Metropolen und Peripherie in Anschlag bringt, berichtet von den Problemen, die eine solche undifferenzierte Vereinheitlichung konkret in Bezug auf Organisierung gegen Prekarisierungstendenzen produziert (ak494).

Die Positionen und Mittel des Kampfes sind nicht gleich und es sind nicht alle gleich Betroffen. Sicherlich, wachsender Konkurrenzdruck, Unsicherheit und Lohndumping sind Erfahrungen, die immer mehr Menschen machen, so dass es durchaus verallgemeinerbare Aspekte gibt, gegen die es gemeinsame Strategien geben könnte. Wichtig ist dabei aber eben, sich den Spagat zwischen der Unterschiedlichkeit in den eigenen Erfahrungen und dem Wunsch auf einen breiten gemeinsamen Widerstand nicht allzu simpel durch eine Ausweitung des Prekarisierungs-Begriffs zu erleichtern. Dirk Hauer meint sogar, dass "der Prekarisierungbegriff an seine Grenzen gestoßen ist" (ak494). Soweit wollen wir nicht gehen. Nur: Es ist wichtig, die Bedeutung materieller Existenzsicherung und ihrer Unterschreitung als zentralen Aspekt von Prekarisierungsprozessen zu betonen. Der Manager mit einem Halbjahresvertrag ist nicht prekär beschäftigt, die Aushilfe mit einer festen Stelle, die aber bei 40h die Woche weniger als der Sozialhilfesatz verdient, ist es unserer Meinung nach schon. Wir finden Wortschöpfungen wie etwa "Luxusprekarisierte" oder auch "privilegierte Prekarisierte" (Fantômas 6, S. 56ff.) deshalb aus der Perspektive des politischen Kampfes nicht sonderlich glorreich. Dies, und nicht der im Prekarisierungsbegriff enthaltene Bezug auf das Normalarbeitsverhältnis als Norm (wie Dirk Hauer in ak494 meint), ist der identitäre Fallstrick in der Prekarisierungsdebatte. Es gibt kein Prekariat, wir müssen Hierarchien im Blick behalten, um uns gegen Prekarisierungstendenzen gemeinsam wehren zu können.

die radikale linke als avantgarde der prekarisierung

"Die ersten großen Wellen von prekären, flexiblen Jobs boten Alternativen und Freiräume zu den vorherrschenden normalen Arbeitsverhältnissen." (Aufruf euromayday Hamburg) Nicht nur hier entsteht der Eindruck, die Linke hätte stets für Prekarisierung gekämpft. Die Formulierung "Prekarisierung von unten" findet sich in vielen linksradikalen Debattenbeiträgen (vgl. Gruppe Blauer Montag in ak485, Redaktion arranca 31, S. 8, Dirk Hauer in ak494). Die These von der Linken (oder auch von Frauen/der Frauenbewegung) als Vorreiterin für die Entwicklung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist der beschriebenen Relativierung der Bedeutung materieller Standards geschuldet, denken wir. Nicht die Zahl derjenigen, die sich durch Sozialhilfe oder Finanz-Koops oder Jobberinnendasein aus dem allgemeinen Arbeitszwang ausklinken wollten, haben zur Durchsetzung prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt. Vielmehr waren für das Ausbrechen aus der spießbürgerlichen Normalität und die Verweigerung des Arbeitszwangs die Formen sozialstaatlicher Absicherung

durch Arbeitslosen- und Sozialhilfe eine wichtige Voraussetzung.

Ein Beispiel: Aus der Perspektive, im Zweifel auf Sozialhilfe zurückgreifen zu können, war eine JobberInnen-Existenz in den 80er Jahren einigermaßen locker aushaltbar. Ab und zu einige Monate in der Fabrik jobben, den Sommer über nach Spanien trampen, danach wieder ein wenig jobben. Eine solche Situation als prekär zu bezeichnen, weil die Standards des Normalarbeitsverhältnisses für JobberInnen eben nicht galten, mag eine einfach nachvollziehbare Kategorisierung sein. Wir denken aber, dass das zu kurz gegriffen ist. Erst durch die erhöhte Konkurrenz um die Jobs und das Wegfallen sozialer Absicherung ist die Jobberinnen-Existenz prekär geworden. Mit dieser Entwicklung geht außerdem eine massive Erhöhung des Arbeitszwangs einher, wie Hartz IV deutlich zeigt.

Auch waren es nicht in erster Linie die Kämpfe gegen die patriarchale Kleinfamilie, die die prekäre Existenz von Frauen als Scheinselbständige oder Arbeitskraftunternehmerin ermöglicht haben. Dem einzelnen Kapital war Geschlecht und Nationalität immer schon egal, hier zählte und zählt die Mehrwertrate, die durch die Ausbeutung erzielt wird. Das Frauenerwerbsarbeit sich v.a. in prekären Beschäftigungsformen niederschlug, hat mehr mit der Schwäche, als mit der Stärker der Frauenbewegung zu tun. Der Vorteil, den schlecht bezahlten Halbtagsjobs mit der Kindererziehung vereinbaren zu können, ist nur einer aufgrund mangelnder Alternativen. Mehr noch: Die Wahl der Vereinbarkeit von Beruf und Familie war und ist für Frauen oft nicht ganz so freiwillig, wie es uns ideologische Verklärungen weiß machen wollen. Das zeigt allein schon die schlechtere finanzielle Situation von Alleinerziehenden sehr deutlich.

Momentan deutet sich außerdem durch Neuregelungen auf gesetzlicher Seite, d.h. durch die Anrechnung des Einkommens des Lebenspartners auf Sozialhilfe und ALG II, ein zwangsweiser Rückfall in die Kleinfamilie an. Anders als in einer (Zwangs)Einkommensgemeinschaft wie der Ehe, sind Projekte wie Ich-AGs auch gar nicht profitabel durchführbar. Der erweiterte Zugriff auf die Abeitskraft hat hier eine neue (alte) Basis. Ohne die kostenlose Reproduktionskraft Zuhause kann niemand 60h die Woche schuften. Auch wenn diese nicht mehr die Frau sein muss, so ist dies doch mehrheitlich nach wie vor der Fall.

In der These der Linken als Avantgarde der Prekarisierung werden die Normativität der bürgerlichen Existenz (Normalarbeitsverhältnis und Normalbiografie), die aufzubrechen Ziel linker Lebenskonzepte war und ist, mit der Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen verwechselt. Letztere wurde und wird nicht freiwillig, sondern zwangsweise von vielen Linken in Kauf genommen, um dem "normalen Leben" zu entkommen. Auch die "Flucht aus und vor den Zwängen des Betriebs- und Büroalltags oder den Verfolgungen durch Arbeits- und Sozialämter" wie Dirk Hauer die "Prekarisierung von unten" fasst (ak494), ist wohl kaum freiwillig. Sie konnte als solche (ja sogar als widerständig) erscheinen, solange neben einer relativen sozialen Absicherung auch die Linke so stark war, dass sie jede Frage nach der Zukunft (und damit auch nach Rente, Gesundheitsversorgung und Pflege im Alter) selbstbewusst mit einem optimistischen Verweis auf die Revolution - nach der alles anders ist - beantworteten konnte. Aber: Prekarisierung ist nicht Effekt des Ausbruchs aus der bürgerlichen Norm, sondern trägt vielmehr dazu bei, bereits brüchig gewordene Normen wieder fest zu zementieren, die entstandenen Risse zu kitten – sei es in Bezug auf Arbeitszwang, Leistungsdruck oder patriarchale Kleinfamilie. Wir sind der Meinung, dass Prekarisierung Ausdruck des verschärften Klassenkampfs von oben ist, und keine Tendenz von unten.

Verständlich ist, und daraus resultiert vermutlich die Perspektive auf Prekarisierung als Chance, dass man nicht zurück will zum autoritären Wohlfahrtsstaat mit seinen normativen Lebenskonzepten. Der war und ist nicht Ziel linksradikaler Politik. Aber einfach aus dem Nicht-Zurück-Wollen zu machen, es biete sich durch das Neue eine Chance, ist recht zynisch angesichts der Ausbreitung und Verschärfung von Armut und dem normativen Roll-back in Familienpolitik und Arbeitszwang. Uns wird gerade unsere oder Teile unserer Basis für eine wirksame Opposition gegen das neoliberale Regime genommen. Daran ist nichts positiv. Und es ist nicht rückständig, soziale Sicherung zu fordern, bzw. dem Abbau sozialer Sicherungssysteme massiv entgegenzutreten. Denn was wäre gerade sonst die materielle Grundlage für den Aufbau einer neuen Utopie? Das Cafe Morgenrot wohl kaum (so sehr wir deren/euren Milchkaffee schätzen).

prekäre zeiten für die linke

Wir sind an manchen Stellen ziemlich verwundert über den Optimismus, der der Organisierung am Thema Prekarisierung offenbar automatisch anhaftet. Ein Hinweis wie der von der Gruppe Blauer Montag, es sei prinzipiell offen, ob Prekarisierung zu kollektiven emanzipatorischen Kämpfen oder zu herrschaftsförmigen Abwehrmechanismen führe, ist in der Debatte die klare Ausnahme (vgl. Gruppe



Blauer Montag, ak485). Konkurrenzdruck legt, zumal in Deutschland, Standortnationalismus und Rassismus nahe, Leistungsdruck ist anknüpfungsfähig an faschistische Denkformen in Richtung Sozialdarwinismus, das Primat der ökonomischen Effizienz ebenfalls. Diese Anknüpfungspunkte finden sich nicht nur bei der Gruppe der Prekarisierten, sondern insbesondere bei den noch nicht Prekarisierten, die potenziell betroffen sind. Rechte Kritik an "Globalisierung" hat hier eine Basis – Phänomene wie die Nazis auf den Anti-Hartz-Demos und die Wahlerfolge von DVU und NPD sind nicht zufällig. Außerdem gibt es Überschneidungen zur (neuen) Mitte und deren Standortnationalismus, der Effekt und Begründung weiterer Prekarisierung ist. Dies ist wichtig im Blick zu behalten, da anders die stillschweigende Resignation von vielen gegenüber der Verschlechterung ihrer eigenen Lebensverhältnisse in ihrer Funktion zur Stabilisierung des Neoliberalismus bzw. der gesamtgesellschaftlichen Durchkapitalisierung schnell unterschätzt wird. Für den Aufbau von Strukturen, die hiergegen Widerstand leisten wollen, gilt es, auch diese Säule ins wanken zu bringen. Existenzangst schürt Konformismus, Widerstand bedarf einer materiellen und einer sozialen Basis - und beide sind für die Linke momentan prekär.

Wir sind momentan in einer Situation der Prekarisierung unserer Utopien. Die Nischen, in denen wir hier in den Metropolen zumindest von einer besseren Welt träumen konnten, werden mehr und mehr dichtgemacht. Die Marginalisierung der Linken scheint auch nicht wirklich überwunden. Auch gegen die müssen wir kämpfen, und dabei sehen wir keinen anderen Weg als uns in die gegenwärtigen Kämpfe um Lebens- und Arbeitsverhältnisse offensiv einzumischen. Der vor allem von der Gruppe FelS stark gemachte Begriff der "experimentellen Praxis" trifft die Situation diesbezüglich erstmal sehr gut. Lasst uns

konkret praktisch ausprobieren, wie wir das Fehlen der Utopien schnellstens überwinden und den Kapitalismus selbst prekär machen – im Sinne von seine Existenzsicherung angreifen. Das wirkt ein wenig wie eine hohle Phrase, nicht wahr? Es nicht bei Phrasen (und Appellen) zu belassen, wäre ein Anfang. Hierfür müssten wir die radikale Linke allerdings als sozialen Akteur begreifen, und eben nicht als NGO für die angeblich Stimmlosen - darin stimmen wir der arranca-Redaktion vollkommen zu.

Sich mit Bezug auf die Prekarisierungstendenzen zu organisieren, finden wir nur dann sinnvoll, wenn dies eng gekoppelt ist an die Frage des realen Einkommens. Wir bestreiten nicht das strategische Potenzial des Begriffs, welches sich daraus ergibt, dass Arbeitslose, Ausgeschlossene, und "Überflüssige" unterschiedlicher Berufe zusammen kämpfen (könnten). Auch bestreiten wir nicht die Tatsache, dass noch nicht von Prekarisierung betroffene Lohnarbeiterinnen durch diese auch unter Druck gesetzt werden, z.B. durch die Konfrontation mit LeiharbeiterInnen, also konkret durch Konkurrenzdruck, durch Erhöhung der Arbeitsintesität, durch die Verinnerlichung von Marktkriterien und -orientierungen. Daraus ergeben sich auch dann Möglichkeiten für den politischen Kampf, wenn mensch diese Gruppe nicht der Übersichtlichkeit halber in den Wortcontainer "Prekarisierte" steckt. Warum "Prekarisierte" als neue Identität schaffen, statt sich einfach gegen die Prozesse der Prekarisierung zu wehren? In diesem Sinne: Für ein besseres Leben für alle, für die Prekarisierung des Kapitals. Sofort!

J.D. Tussle / Lieselotte Hubbub (Berlin), April 2005

Uns das geschah in Hamburg am 1. Mai:

Die fetten Jahre sind vorbei

Umverteilung konkret: AktivistInnen frühstücken in Nobelrestaurant auf dem Sülberg in Hamburg-Blankenese
Schlagzeilen nach Sturm auf Hamburger Luxusrestaurant

Eine Aneignungsaktion in einem Luxusrestaurant im Hamburger Reichenviertel Blankenese hat für Schlagzeilen gesorgt. Am 1. Mai plünderten etwa 40 AktivistInnen das Frühstücksbüffet des Nobelrestaurants auf dem Süllberg. Sie trugen Masken und T-Shirts mit der Aufschrift "Die fetten Jahre sind vorbei". Mit überdimensionalen Messern und Gabeln taten sie sich an Lachs, tropischen Früchten und anderen Leckereien gütlich. Was nicht gegessen werden konnte, verschwand in Tüten mit der Aufschrift "Fünf Sterne to go". Andere verteilten Flugblätter und Blumen an die Angestellten, die alle ihre Sympathie für die Aktion zeigten.

Mit der Aktion wollten die AktivistInnen auf die ungerechte Verteilung von gesellschaftlichen Reichtum hinweisen. Während andere sich für 30 Euro ein Frühstück leisten können, seien sie nicht mehr bereit, sich mit immer niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen abzufinden.

"Sturm auf Luxus-Lokal" titelte die Hamburger Morgenpost. Und weiter: "Es war wie in einem Klassenkampf-Film". Auch die Bild Hamburg berichtete groß: "Linke Jugendliche stürmen den noblen Süllberg". Alle Zeitungen schrieben über die Motive der AktivistInnen, berichteten über die schlechten Arbeitsbedingungen. Auch die stellvertretende Geschäftsführerin hatte den Sinn der Aktion voll und ganz verstanden: "Die ganze Aktion wirkte wie ein Protest gegen die Zweiklassengesellschaft, mit Hinweisen auf Hartz IV" - genau! Die Aktion lief friedlich und bewusst unaggressiv ab. Das gefiel auch den Gästen: "Diese Leute waren eigentlich nicht aggressiv, sondern ganz freundlich. Aber das Essen haben sie vollkommen abgeräumt."

Nur die Polizei hatte alles verpasst. Da halfen auch keine Straßensperren eine Dreiviertel Stunde später. Alle AktivistInnen entkamen unerkannt. In einer Presseerklärung kündigten die AktivistInnen weitere Aktionen an: "Unklar ist der nächste Ort, an dem die AktivistInnen auftauchen werden. Klar ist, sie werden es tun."

Hamburger Mayday Parade

Unter dem Motto "Ein Sonntag für globale Rechte" feierten 3-4000 Menschen die erste Hamburger Euromayday Parade. Bei strahlendem Sonnenschein ging die Parade an Orten prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse vorbei, u.a. Lidl und Flüchtlingsschiff.

Der Mayday war eingebettet in ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm, das über den gesamten Monat April unterschiedliche Aspekte prekarisierter Arbeits- und Lebensverhältnisse thematisierte.

"Zum Auftakt fanden ein Theaterstück des Flüchtlingsrats und ein "Bolzenschneiderballet" statt, und nach kurzen Reden zu 1-Euro-Jobs und zum Euromayday zog die Parade zu den Landungsbrücken, dann durch St.Pauli und über die Reeperbahn, am Fischmarkt vorbei zum Flüchtlingsschiff, und schließlich zum Platz der Republik in Altona.

Die Parade war eine Mischung aus Party und politischer Themensetzung rund um Prekarisierung. Einerseits war es ein bunter musikalischer Umzug, mit fetten Sounds, Samba, Kostümen, Theater. Andererseits besuchte dieser Umzug aber auch eine größere Anzahl prekarisierter Orte. Redebeiträge gab es zu 1-Euro-Jobs, Studierendenprotesten und Studiengebühren, Aneignung, Sexarbeit, Arbeitsbedingungen bei Lidl und in Hotels der Accor Kette (Ibis), sowie mehrere Beiträge zur Lebenssituation von Flüchtlingen. An mehreren Stellen entlang der Route wurden Transparente aufgehängt, u.a. eins vom Dach der Lidl Filiale am Nobistor, das die Arbeitsbedingungen bei Lidl thematisierte.

Von der Landkommune, die mit zwei Maultieren angereist war, bis zur Technoparty, die den Abschluss der Parade bildete, war ein denkbar breites Spektrum an Teilnehmenden dabei. Die Polizei hielt sich größtenteils im Hintergrund und behinderte die Parade kaum. Nur zum Ende der Parade wollte das grüne Team scheinbar nochmal Präsenz zeigen, parkte geschick die für die Paradenwagen vereinbarten Abstellplätze zu und zog eine konfus wirkende Polizeikette auf. Die ParadenteilnehmerInnen ließen sich hiervon nicht irritieren und feierten auf dem Platz der Republik eine Abschlussparty. Ein umjubelter Auftritt der Hiphopper von der Microphone Mafia beendete den ersten Hamburger Euromayday.

Revolutionäre 1. Mai Demo in Hamburg 2005

Ab 17:00 versammelten sich ca. 600-800 Leute an der Sternschanze. Die Demo stand unter dem Motto "Kapitalismus abschaffen". Es wurden zwei kurze Redebeiträge gehalten (einer zum Wasserturm und eine Kritik an Münteferings nationalistischer "Kapitalismus"-Kritik). Gegen 17:45 gings los. Es herrschte eine - trotz Polizeispalier - sehr gute Stimmung und es wurden recht viele Sprechchöre gerufen. Auffällig war, daß sehr viele junge Leute an der Demo teilnahmen.

Nach einem kurzen Abstecher zur Messe-Baustelle gings über die Schanzenstr. und den neuen Pferdemarkt ins Karoviertel. Danach gings über das Schulterblatt, vorbei an der Roten Flora über die Altonaer Straße in die Margaretenstr. Hier kam es zu einem polizeilichen Übergriff auf die Demo: Zwei Demonstranten wurden von der Polizei aus der Demo gezogen, da man ihnen das Rauchen eines Joints vorwarf. Nach heftigen Protesten der Demonstranten wurden die beiden freigelassen.

Die Demonstration endete gegen 19:15 wieder am S-Bahnhof Sternschanze.

10.06.05: Die Yorckstrasse 59 ist geräumt. YORCK59 lebt weiter!

In den eineinhalb Jahren Hauskampf um den Projekterhalt der Yorckstrasse 59 haben die politischen Initiativen und BewohnerInnen an Geschlossenheit und Kraft gewonnen. Die Erfahrungen, Kontakte und insbesondere die massive und breite gesellschaftliche Unterstützung wollen wir jetzt nutzen, um weiter für den Erhalt unseres Projektes zu kämpfen.

Gerade durch die gewaltsam durchgeführte Räumung des Hauses wurde die breite Unterstützung - im Kiez, berlinweit, bundesweit und international - deutlich. Mit vielen Aktionen, Demonstrationen, Soli-Besetzungen, Protesten, mit Patenschaften, Proklamationen und Spenden wurde der Kampf gegen die Räumung heftig unterstützt. Dies schlägt sich auch in der mit wenigen Ausnahmen (z.B. Berliner Zeitung) positiven Berichterstattung in der Presse nieder.
Morgens blockierten knapp 500 Unterstützerinnen die Yorckstraße, vor und innerhalb des Hauses, nachmittags verliehen mehrere tausend bei spontanen Reclaim the Streets in ganz Berlin ihrer Wut und ihrer Solidarität Ausdruck. Als am Abend nach der Räumung an die 2500 Menschen in Kreuzberg demonstrierten, brannte vor dem geräumten Hause tatsächlich die Luft. Auch die abendliche Hausbesetzung am Oranienplatz und die anschließenden Protestaktionen in Kreuzberg-Friedrichshain, machen deutlich, dass das Hausprojekt YORCK59 von einer breiten Solidaritätsbewegung getragen wird.
Die UnterstützerInnen befürworten die Entscheidung der YORCK59, sich nicht auf die kurzfristige Zusage an den Kauf eines stark sanierungsbedürftigen Ersatzobjekts, und damit nicht auf Hinhaltetaktik, leere Versprechungen und Drohungen der PolitikerInnen eingelassen zu haben.
Die Erfahrungen anderer Projekte zeigen, dass die politisch Verantwortlichen in solchen Situationen mit Schuldzuweisungen und Verschleppungen arbeiten, damit die Projekte irgendwann soweit sind, fast alles zu unterschreiben. Auch versuchen PolitikerInnen auf diese Weise, ihre eigene Haut zu retten, indem sie im Nachhinein den BewohnerInnen die Schuld für die Räumung zuweisen können. Diese Taktik haben wir erkannt und ignoriert. Nur über die Ablehnung dieser Scheinvereinbarung kann der Projekterhalt gesichert werden.
Wir haben lange Zeit ernsthaft verhandelt. Die "Options- und Räumungsvereinbarung", die die YORCK59 unterschreiben sollte, ließ keinerlei Verhandlungsspielraum zu. Der Liegenschaftsfonds und die anwesenden PolitikerInnen waren nicht bereit, die so genannten Ersatzangebote zu präzisieren (fehlende Verkehrswerte, Baugutachten, Sanierungsberechnungen). Der Innensenator weigerte sich den notwendigen Zeitraum zu einer Prüfung der eventuellen Ersatzobjekte einzuräumen. Die Vereinbarung sollte die freiwillige Räumung fixieren, ohne der Yorck59 ein Ersatzobjekt verbindlich und seriös zuzusichern. Eine Unterschrift unsererseits hätte das Aus für den Projekterhalt bedeutet.
Schon im Vorfeld der finalen Verhandlungen versuchten Innensenator Körting, Abgeordnete der PDS, der Geschäftsführer des Liegenschaftsfonds, Herr Lippmann, und der Vertreter der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Herr Hirsch, deutlich Druck auf die Yorck59 auszuüben, z.B. "Wer im Haus angetroffen wird, muss zahlen.", "Nach der Räumung habt Ihr gar nichts mehr."
Auch die SPD zeigte sich bei dem wiederholten Besuch von UnterstützerInnen der Yorck59 in ihrer Landeszentrale nicht mehr so verhandlungsbereit wie beim ersten Besuch. Die Sozialdemokraten liessen die Polizei räumen und erstatteten Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs. Durch eine neunstündige "Ingewahrsamnahme" der SPD-Gäste und eine erkennungsdienstliche Behandlung durch das Landeskriminalamt, wurden die ersten Kriminalisierungsversuche erkennbar.
Der Versuch, Menschen zu kriminalisieren, die sich für gegen Ausgrenzung und Vertreibung linker Freiräume und für eine soziale Stadt einsetzen, wurde auch durch die brutale Vorgehensweise der Polizei und des SEK`s während der Räumung deutlich. Gezielte Fußtritte, Faustschläge, Würgeversuche und Ellenb ogenstöße in die Gesichter waren die Antworten der Polizei auf den passiven Widerstand der UnterstützerInnen und BewohnerInnen, die sich im Haus oder vor dem Haus in einer Sitzblockade befanden. Sexistische Bemerkungen gegenüber Frauen und verbale Drohungen und Beschimpfungen der DemonstrantInnen, aber auch das In-die-Knie-zwingen von Festgenommenen im ersten Hof belegen die Willkür und das Machtgebaren der Uniformierten. Das polizeiliche "Antikonflikttеam" bildete mehrmals einen Sichtschutz, um die Straftaten der Polizei vor JournalistInnen abzuschirmen. Trotz dieser Maßnahmen existieren viele Bilddokumente, die die Brutalität des Einsatzes belegen (z.Zt. wird eine Dokumentation der Übergriffe zusammengestellt).

Trotz der Räumung besteht die YORCK59 weiter!

Wir sind zur Zeit ein Hausprojekt ohne Haus. Das werden wir ändern. Wir werden weiter intensiv, unermüdlich und unerbittlich mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften und mit Hilfe der vielen UnterstützerInnen für den Erhalt unseres Hausprojektes kämpfen.
Wir sind nicht weg - wir sind nur geräumt!
Wir fordern weiterhin adäquate und seriöse Angebote zu Objekten, in denen ein Fortbestand des Hausprojektes YORCK59 möglich ist. Angebote, die das Papier wert sind, auf das sie geschrieben sind.
Es gibt viele leerstehende Häuser in der Stadt. Der Kampf geht weiter!.
YORCK59 bleibt! Jetzt erst recht!

Seit dem 11.6. halten BewohnerInnen, politische Initiativen und UnterstützerInnen der YORCK59 das Haus Bethanien am Mariannenplatz (Berlin-Kreuzberg) besetzt.
Das Haus soll mindestens zwischenzeitlich als Ersatzstandort dienen, bis darüber entschieden ist, ob hier geblieben werden kann oder ein anderes Ersatzobjekt für das Hausprojekt YORCK59 bezugsfertig ist. Seit der Besetzung gibt es zahlreiche Solidaritäts- und Unterstützungsangebote aus dem Haus und von außerhalb. Diese Initiativen und Projekte sehen in dem Einzug der YORCK59 die Chance einer Wiederbelebung des Hauses Bethanien zu einem kulturellen, politischen und sozialen Raum im Herzen Kreuzbergs.

Die YORCK59 fordert weiterhin: Nutzung der leerstehenden Bereiche des Hauses Bethanien bis klar ist, wo das Hausprojekt YORCK59 fortbestehen kann, sei es im Haus Bethanien selbst oder an einem anderen adäquaten Ort.



Anti-Atom-Seite

Normalbetrieb

Sellafield sofort stillegen - Atomkraft ist ein Auslaufmodell

Auch wenn es die ehemalige Bundesumweltministerin A. Merkel nicht wahr haben mag, Atomenergie ist ein Auslaufmodell. Und damit selbst sie es merkt ergossen sich im Laufe der letzten Monate rund 80.000 Liter hochradioaktiver Salpetersäure aus einem leckgeschlagenen Rohr in eine Halle der WAA Sellafield. Als das Ganze bekannt wurde versprachen die BetreiberInnen der Anlage flugs baldmöglichst neue Roboter zu entwickeln, die in der Lage wären, die Halle von der Größe eines olympischen Schwimmbeckens wieder sauber zu bekommen. Keine leichte Aufgabe selbst für Maschienen (für Menschen wäre der Aufenthalt in der Hallesofort tödlich) bedeutet es doch nhicht weniger als 20 Tonnen Uran und 200 kg Plutonium wieder ins "richtige" Becken zu befördern, eine Menge aus der mensch gut und gerne zwei dutzend Atombomben bauen könnte. Bis dieses Geräte fertigentwickelt und einsatzfähig seien, müsste die Anlage, der modernste Teil des gesammten WAA- Komplexes, leider stillgelegt werden - eigendlich, und ohne Störfall, war dieser Schritt erst für 2010 vorgesehen. Für die britische Atomlobby kam dieser Störfall denkbar ungünstig, da sie eigentlich nach der Wiederwahl Blairs ihre neuen AKW Pläne pushen wollten. Ganz vorne im Gerangel um den ersten AKW Neubau in GB seit rund zwanzig Jahren sind aktuell RWE und E.on, diehier zu Lande immer wieder beteuern keine neuen AKW bauen zu wollen.

Unterweser ist überall

Der Groflteil des in Groflbritanien ausgelaufenen Materials stammt aus dem für den Bremer Strombedarf gebauten AKW Unterweser in Esensham. Eine Tatsache die in den Presseberichten über den Störfall kaum eine Rolle spielt, denn dadurch würde deutlich werden, das Atommüll nicht einfach weg ist, wenn mensch ihn in Castorbehälter packt und woanders hin fährt. Mag sein das in zwanzig Jahren wieder Kühe auf dem Gelände des ehemaligen AKW Stade stehen. Das Problem, das radioaktive Inventar ist durch diesen Hütchenspielertrick noch lange nicht aus der Welt, sondern wabert in der WAA LaHague vor sich hin, bis es irgendwann irgendwo vielleicht mal in ein mögliches, für sicher erklärtes, Endlager versenkt werden soll.

Das AKW Unterweser ist aktuell übrigens wegen eines Generatortotalschadens seit mehr als einem Monat vom Netz.

Aktion

In den vergangenen beiden Monaten gab es jede Menge Aktionen gegen Atomtransporte - hier nur eine kurze Zusammenstellung ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Letzte WAA Transport (Stade - La Hague) 27.4.05

Die erste Ankettaktion traf die völlig perplexe Wachmannschaft nach nur wenigen hundert Metern noch vor der offiziellen DB-Strecke, ein Mensch aus Bayern hatte sich an die Stahlkonstruktion einer Brücke gekettet. Erst nach über drei Stunden konnte der Transport weiter fahren. Den ganzen Abend und die Ncht hindurch kam es zu Störungen des Schienenverkehrs im Bereich Buchholz, Tostedt bis nach Bremen. Dort wurde der Transport erneut für rund 20 Minuten von einer Gruppe gestoppt. Eine zweite Ankettaktion fand in Frankreich statt. Die Gruppe wolllte mit ihrer Aktion nicht nur den Transport behindern, sondern auch an den Tod von Sebastien Briart im vergangenen November hinweisen, der bei einer Ankettaktion in der gleichen Region zu Tode gebracht wurde. Auch dieses Mal zeigte sich die extrem brutale Art der französischen CRS (in der brd etwa SEK) die Leute ohne jeden Schutz losflexten und dabei erhebliche Verbrennungen der Aktivisten in Kauf nahmen, hin zu kam das dem anwesenden Arzt der Gruppe auch noch der Zugang zu den Verletzten verwehrte wurde.



(c) jan beckmann

Rossendorf-Ahaus

Wie bereits seit langem vermutet, fanden die 3 Transporte vom Versuchsreaktor Rossendorf (bei Dresden) nach Ahaus direkt nach den Landtagswahlen statt. Der erste Transport am 30.5. der zweite am 6.6. und der letzte am 13.6. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten wahren an den Aktionen gegen den letzten Transport bis zu 3000 Leute beteiligt, was zum Teil zu Staus von dutzenden von Kilometern führte. An allen drei Transporttagen verursachte der immense Bullenkonvoi Staus in einer Gesammtlänge von jeweils mehr als 100 Km. Immer wieder gelang es Gruppen trotz des immensen Polizeiaufgebotes auf die Autobahn zu kommen, zum Teil mitten zwischen die Transportfahrzeuge. Möglicherweise waren diese Transporte nur der Auftakt zu einer Reihe weiterer Transporten aus Forschungsreaktoren wie dem unsäglichen FRMII aus München indem ja mit Waffenfähigen Uran herumhantiert wird. Vielleicht ist den Damen und Herren von der Einsatzleitung aber auch die Lust vergangen solche Großspektakel in absehbarer Zeit wieder zu veranstalten. Ab Ende Juli gibts in den einschlägigen Infoläden die notwendigen Plakate und Utensilien um sich am Bundeswahlkampf zu beteiligen.

Termine

Da die Transporte in die WAAs diesen Monat eingestellt werden, werden wir wohl derartige Transporte nicht mehr vor die Flinte bekommen. Aber Sommer Sonne Ferien-Komunismus

30.07.-13.08.
Camp von Ecodefense in Jekatarinenburg, gemeinsame Abfahrt aus der brd ab Gronau (www.antiatom.de/tour05/)

30.-31.07.
Festival in Bure/ Lothringen mit Einweihung des Widerstandhauses Bure Zone Libre (in Bure bastelt die französische Regierung an einem Endlager)

05.-13. 08.
Prekär Camp in Reddebeitz / Wendland, Stand der Dinge, Dissidente Praxis und Aktion in Prekären Verhältnissen.

Rote Flora Programm

01.07. Holiday In - Flora Party.
SoL present - hiphop+dancehall party mit live-acts ab 22.30 Uhr

02.07. Shantytown party
Nur bei schlechtem Wetter[!!!]ansonsten im Donnersbergpark...

03.07. Konzert mit Guided Cradle
(düsterer D-Beat Crust mit Metaleinschlag aus Prag)

08.07. ab 19.00 Uhr: Solikonzert und Party im Rahmen der Veranstaltungswoche "Wasserturm, Repression und Widerstand"

09.07. "The Ultimate Dance-Sensation":
Sommerhitze + Minimoney + Ferien heißt in letzter Konsequenz Tanzen bis die Vöglein zwitschern. Dafür stellen sich folgende Musikliebhaber an die Decks: 1-2-B-3 (Dancehall/Rapmusic); Conquest Sound (Reggae Dancehall); Steven Scratch (Grime/Rapmusic); DJ Wizeman (Funk); DJ Spoke (Dub); TwoToneTobi (Rocksteady/Ska). Skank your troubles away!

10.07. Self-Sight-Seeing
Liebe Macht Terror in Dir (Eine Video-Acting Performance). Regie: Sebastian Piaz; Text: Sebastian Piaz, Lucie Völcker Performer: SAM-Institut Hamburg, MOIRA-Agency for Energetic Performance. Ab 19.30 Einlass, Beginn um 20.00Uhr

14.07. ab 19.00 Uhr: Solikonzert
für die Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen"
Alljährlich finden in Wunsiedel Gedenkmärsche anlässlich des Todestages von Kriegsverbrecher Rudolf Hess statt. In diesem Jahr jährt sich die Befreiung vom Nationalsozialismus zum 60ten Mal. Es ist ein Jahr, in dem Revisionisten sowie Alt- und Neonazis sich bemühen, die deutsche Vergangenheit umzudeuten und das Gedenken an deutsche Täter zu enttabuisieren. Vor diesem Hintergrund hat sich die Kampagne NS-Verherrlichung stoppen gegründet. Um die Kampagne "NS-Verherrlichung stoppen" zu unterstützen spielen Payback 5 (deren Motto "nice girls don`t play rock`n`roll !! they play punk rock!!" eigentlich bereits alles sagt) und very special guests. Lasst euch überraschen!

16.07: Party des Schwulenreferates
15 Jahre Druck und immer noch geil! Das Schwulenreferat feiert polymorph pervers: Lieber metasexuell als metrosexuell! Das Schwulenreferat der Uni Hamburg hat Geburtstag und das ist definitiv ein guter Grund zum Feiern! Seit nun 15 Jahren kämpft das Schwulenreferat gegen Heteronormativität, Homophobie und Diskriminierung und für ein fröhlich-perverses Leben jenseits des gesellschaftlichen guten Geschmacks. Wir tucken auf und queeren dagegen und wehe denen, die uns den schönen Platz am Rand streitig machen wollen! Und weil es uns trotz der vielen Astra- und Sektflaschen immer noch gibt und weil trotz der Vergeudung wertvoller Studienzeit immer noch genug Menschen unsere wirklich flauschigen Sofas besetzen oder unsere Beratung in Anspruch nehmen, finden wir, dass wir uns endlich mal eine richtig fette Party verdient haben.Also, holt Eure Lieblingsgender aus dem Schrank, werft Euch in Schale und feiert mit uns!
All genders welcome!

17.07. Infernal Noise Brigade mit Filastine.
Die Infernal Noise Brigade ist ein 15-köpfiges Ensemble, das sich 1999 zur akustischen Untermalung der Proteste gegen die WTO-Konferenz in Seattle gründete. Zum IMF und Weltbank treffen im Jahre 2000 , besuchte die INB Prag unter viel Tamtam und gefolgt von Filmteams der BBC und VPRO (Holland). Die Village Voice schrieb dazu (10/4/00): "Verletztenzahlen steigen; Krankenwagen heulen. Die Infernal Noise Brigade aus Seattle übertönt mit ihren Trommeln den Krach der Blendgranaten." Neben der Mitwirkung an diesen internationalen Grossveranstaltungen haben Mitglieder der INB ähnliche Ensembles in Sao Paulo, Quebec, Paris, Berlin und Buenos Aires organisiert oder inspiriert.
auch.

25.07. Konzert mit Gertrude und La par force

30.07. Le Fly- Rock and Roll-Offensive. Le Fly lädt zur Rock and Roll Offensive in der Flora. Im Gepäck unter anderem PostDubProjekt (HH) und 2 andere Bands. Ab 20.30 Uhr.

03.09 Straßenfest im Schanzenviertel
Das jährliche Piazza ma billig-Event in Schulterblatt, Susannenstraße und Bartelsstraße mit Live-Bands, Infoständen und zahlreichen Aktionen.

Regelmäßige Flora Termine:
Montag: ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen | 18.30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt | ab 19 Uhr vegane Kochsession | 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen
Dienstag: 18-23 Uhr Dubcafe
Mittwoch: 19 Uhr Artcafe
Donnerstag: 19 Uhr ab 19 Uhr veganes Kochkollektiv | 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen